

zeitung gegen den krieg

Nr. 54 Herbst 2023

Wie die Neocons die Ukraine zerstören

Zum Tod von Winfried Wolf	Seite 2
Frank Deppe Gewerkschaften & Frieden	Seite 4
Kerem Schamberger/ Valeria Hänsel EU-„Asylkompromiss“	Seite 7
Michael Müller/Reiner Braun Der atomare Horror	Seite 8
Peter Brandt Im zweiten Kriegsjahr	Seite 10
Michael von der Schulenburg UN-Charta & Friedensarchitektur	Seite 11



Jeffrey D. Sachs

Im Juni 2022 veröffentlichte ich einen Artikel mit dem Titel „Ukraine is the Latest Neocon Debacle“. Der Artikel sagte richtig voraus, dass die Ukraine und ihre NATO-Unterstützer bei der lang erwarteten ukrainischen Gegenoffensive scheitern würden. Ein Jahr später liegen nun die Ergebnisse vor. Die Gegenoffensive der Ukraine ist nicht nur gescheitert, sondern die Ukraine wird als funktionierende Wirtschaft und Nation zerstört. Die US-Neocons haben es wieder einmal geschafft, eine Nation in Schutt und Asche zu legen.

Das ist nicht das erste Mal. Es ist in der Tat eine schlechte Angewohnheit des US-Sicherheitsestablishments, das in einer auf Arroganz und Ignoranz aufgebauten Fantasiewelt lebt. Die US-Außenpolitik basiert nicht auf Diplomatie, sondern auf verdeckten Operationen zum Regimewechsel, die meist in einem kläglichen Scheitern oder einem völligen Desaster enden und oft zu einem lang anhaltenden Krieg führen.

Wie Lindsey O'Rourke, Professorin an der Boston University, in ihrem hervorragenden Buch *Covert Regime Change: America's Secret Cold War* (2018), bemühten sich die USA während des Kalten Krieges (1947-1989) um nicht weniger als 64 verdeckte Regimewechsel-Operationen, durchschnittlich als 1,5 Operationen pro Jahr. In den meisten Fällen gelang es nicht, die Zielregierung zu stürzen (39 der 64 Fälle), während auf etwa die Hälfte der sogenannten Erfolge politische Morde, Kriege, Revolutionen oder Putsche folgten.

In der Nachkriegszeit setzten die USA ihre verdeckten und offenen Operationen zum Regimewechsel fort, so in Haiti, Venezuela, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und der Ukraine, um nur einige Fälle zu nennen. In der Ukraine waren die USA am Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014 beteiligt und unterstützten rechtsextreme und gewalttätige ukrainische

Nationalisten. Eine in Kiew tätige US-amerikanische Nicht-Regierungs-Organisation prahlte damals damit, dass sie große Summen zur Finanzierung der Maidan-Proteste beigesteuert habe.

Die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland und der US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, arbeiteten eng mit dem damaligen Vizepräsidenten Joe Biden zusammen und ernannten einige Wochen vor dem endgültigen Staatsstreich gegen Janukowitsch heimlich den neuen Premierminister. Obwohl ihre verdeckten Machenschaften von den Russen auf Tonband abgehört und ins Internet gestellt wurden, äußerten die hirntoten US-Mainstream-Medien kaum Bedenken über diese nicht ganz so verdeckte Operation.

Es hätte klar sein müssen, dass die Fantasie der Neokonservativen, in der Ukraine ein Marionettenregime zu installieren und dann NATO-Stützpunkte in der Ukraine einzurichten, zu einem katastrophalen Krieg führen würde. Russland würde angesichts der 2.000 km langen russisch-ukrainischen Grenze und der tief verflochtenen sozialen, wirtschaftlichen, militärischen, technologischen, religiösen, sprachlichen, finanziellen und familiären Bindungen zwischen Russland und wichtigen Regionen der Ukraine, insbesondere der Krim und dem Donbass, niemals die NATO in der Ukraine dulden. Wie William Burns, derzeitiger CIA-Direktor und 2008 US-Botschafter in Moskau, in einem geheimen Memo schrieb, das durch Wikileaks bekannt wurde, „bedeutet Nyet Nyet“, wenn es um Russlands Haltung gegenüber der NATO in der Ukraine geht.

Die Neocons arbeiten jedoch mit Bluff und Arroganz, nicht mit Logik oder der Korrektur von Fehlern. Sie glauben daran, dass sie sich ihre eigene Realität schaffen, wenn sie vorankommen. Und da die Einzelheiten ihres Handelns (wie beim Staatsstreich 2014) Staatsgeheimnisse sind, gibt es keine Rechenschaftspflicht. Die Neocons, die die Katastrophen in Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen

herbeigeführt haben, sind dieselben, die uns das Desaster in der Ukraine beschert haben.

Im Jahr 2002 sagte ein Neokonservativer aus dem Weißen Haus zu einem Reporter: „Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität studieren - vorurteilsfrei, wenn Sie so wollen - werden wir wieder handeln und andere neue Realitäten schaffen, die Sie ebenfalls studieren können, und so werden sich die Dinge klären. Wir sind die Akteure der Geschichte ... und ihr, ihr alle, werdet nur noch das studieren, was wir tun.“

In meinem Artikel vom Juni 2022 schrieb ich das Folgende über die Behauptungen der Neokonservativen, dass die Ukraine Russland in seiner Gegenoffensive besiegen würde. „Die Wirtschaftssanktionen des Westens haben Russland nur wenig geschadet, während ihr ‚Bumerang‘-Effekt auf den Rest der Welt groß war. Darüber hinaus ist die Fähigkeit der USA, die Ukraine mit Munition und Waffen zu versorgen, durch die begrenzten Produktionskapazitäten der USA und die unterbrochenen Versorgungsketten stark beeinträchtigt. Die industrielle Kapazität Russlands übertrifft natürlich die der Ukraine um ein Vielfaches. Russlands BIP war vor dem Krieg etwa zehnmal so hoch wie das der Ukraine, und die Ukraine hat durch den Krieg einen Großteil ihrer industriellen Kapazitäten verloren.“ In der jüngsten Aktualisierung der Weltbank (Juli 2023) lag das russische BIP im Jahr 2022 zu kaufkraftbereinigten Preisen auf Platz 5 in der Welt, das der Ukraine auf Platz 50, wobei das russische BIP 11,9 mal größer war.

Die Ukraine hat allein in den letzten zwei Monaten Zehntausende von Menschen durch Tod und schwere Verletzungen verloren. Viele der neu gelieferten NATO-Panzer und anderen Rüstungsgüter wurden zerstört. Es gibt keine nennenswerten ukrainischen Fortschritte auf dem Schlachtfeld. Doch die Neokonservativen und die ukrainische Regierung sprechen nur von weiteren Schlachten, die noch kommen

werden, und nicht von einem ausgehandelten Ende des Konflikts. Das liegt daran, dass sie sich selbst in die Enge getrieben haben. Biden glaubt, dass er vor den Wahlen im November 2024 kein „Scheitern“ riskieren kann, während die Regierung Zelenskyj wahrscheinlich stürzen würde, wenn das Scheitern der Gegenoffensive anerkannt wird. Die Zelenskyj-Regierung hat die Wahlen ohnehin auf unbestimmte Zeit verschoben.

Vor fünfzig Jahren seziierte der verstorbene Daniel Ellsberg in seinem Essay „The Quagmire Myth and the Stalemate Machine“ auf brillante Weise die Lügen der US-Regierung in Bezug auf den Vietnamkrieg. Die USA steckten in Vietnam nicht in einem Sumpf, wie oft behauptet wurde, sondern betrieben eine „Patt-Maschine“, um einen bereits gescheiterten Krieg am Laufen zu halten, damit sie ihre Niederlage nicht vor der nächsten Wahl eingestehen mussten. Das ist Bidens Modus Operandi auch heute.

Im Januar 2014 hätte die Ukraine sicher und unversehrt bleiben können, wenn sie sich für Neutralität entschieden hätte, wie es Präsident Janukowitsch befürwortete. Die Neocons, einschließlich Biden, lehnten dies ab. Im Dezember 2021 hätte die Ukraine mit Ausnahme der Krim (die 2014 an Russland verloren ging) sicher und unversehrt bleiben können, wenn sie sich an die Neutralität gehalten und das Minsk-II-Abkommen umgesetzt hätte. Die Neocons, angeführt von Biden, lehnten dies ab. Im März 2022 hätte die Ukraine den Krieg durch Neutralität und politische Zugeständnisse in Bezug auf den Donbas beenden können. Die Regierung Biden lehnte dies ab.

Im August 2023 hat die Ukraine durch eine Kombination aus Massenauswanderung, Gebietsverlusten und Kriegstoten etwa 10 Millionen Einwohner verloren. Die Wirtschaft ist ruiniert und vielleicht um die Hälfte oder mehr geschrumpft. Und dennoch fordert die Biden-Administration die Ukrainer auf, weiterzukämpfen.

Wie ich bereits vor der russischen Invasion im Februar 2022 gewarnt hatte, verwandelt der neokonservative Ansatz die Ukraine in eine europäische Version von Afghanistan: ein endloser Krieg mit Tod, Zerstörung und keiner politischen Lösung. Dieses katastrophale Ergebnis ist jetzt weit fortgeschritten. Eines ist jedoch klar. Der derzeitige Ansatz findet in der Öffentlichkeit wenig Anklang. Biden und die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs, die den Krieg befürworten, haben niedrige Zustimmungsraten.

Wenn die Öffentlichkeit die Wahrheit kennt und ihr Mitspracherecht wahrnimmt, wird die Ukraine endlich die Neutralität akzeptieren, die NATO wird zugeben, dass die lange geplante Erweiterung um die Ukraine beendet ist, und der sinnlose und völlig vermeidbare Krieg wird endlich am Verhandlungstisch beendet werden.

Jeffrey D. Sachs Professor an der Columbia University Spezialist für Welthandel, Finanzen, Infrastruktur und wirtschaftliche Staatsführung.

Die Zeitung gegen den Krieg – ein Vermächtnis von Winfried Wolf



Am 22. Mai verlor Winfried Wolf in der Berliner Charité den Kampf gegen seine Krebs-Erkrankung. Bis wenige Wochen vor seinem Tod schrieb er Artikel und Blogs, sprach auf Veranstaltungen und korrespondierte mit vielen Mitstreiter*innen. Er tat bis zum Schluss das, was er sein gesamtes Erwachsenenleben hindurch getan hatte. Mit ihm ist einer der wichtigsten Publizisten, Organisatoren, Wissenschaftler und Autoren der 68-er-Generation gegangen.

Für Winnie, wie ihn seine Weggefährt*innen liebevoll nannten, waren Misserfolge und politische Niederlagen immer Anlass, neu nachzudenken um dann mit neuen Vorschlägen auf geänderte Bedingungen mit politischen Initiativen zu reagieren. Zu seinen kontinuierlich verfolgten Projekten gehört die von ihm 1999 initiierte „Zeitung gegen den Krieg“.

Am 15. Juli gedachten im Württembergischen Kunstverein in Stuttgart mehr als 200

Freund*innen, Wegbegleiter*innen und Genoss*innen mit einem Erinnerungsfest an Winfried Wolf. Dicht gedrängt folgten sie mehr als vier Stunden lang Beiträgen zu den unterschiedlichen Facetten seines Lebens. Musikalisch rahmten Bernd Köhler und Joachim Romeis sowie Martl Jäckel (Violine) den Abend

ideologischen Differenzen kam es zu einer langjährigen Zusammenarbeit, Georg Fülberth schrieb zum Beispiel regelmäßig für Lunapark 21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie. Winfried gründete die linke Ökonomiezeitschrift im Jahr des Finanzcrashs 2008 und war 15 Jahre lang ihr Chefredakteur.



Bild oben: Bernd Köhler und Joachim Romeis beim Gedenkfest für Winfried Wolf am 15. Juli in Stuttgart. Hier: Winfried Wolf bei einer Antikriegsdemonstration im Jahr 2009

ein. Der Theaterregisseur Volker Lösch führte durch das Programm und der Filmemacher Klaus Gietinger setzte Winnie mit einem Kurzfilm ein kleines humorvolles Denkmal.

Winfried Wolf war vieles in einem, vor allem aber war er einer der wichtigsten bundesdeutschen Experten und Aktivisten für eine Verkehrswende zugunsten einer besseren Bahn. Unter anderem mit seiner wissenschaftlichen Expertise in zahlreichen Publikationen und als Redner auf den Montagsdemos gegen Stuttgart 21 wurde er nicht müde, die politischen Ursachen zu beleuchten, die für die Pleiten-, Pech- und Pannen-Schlagzeilen über die Deutsche Bahn sorgten.

Bemerkenswert war seine Fähigkeit, Menschen aus verschiedenen linken Strömungen für konkrete inhaltliche Projekte zusammenzubringen. So ging er 1988, als sich der Niedergang des Realsozialismus für ihn abzeichnete, als damals führender Vertreter eines trotzkistischen Internationalismus auf Georg Fülberth zu, der dem Flügel des Realsozialismus angehörte. Fülberth wies bei der Gedenkfeier am 15.7. darauf hin, Winfried Wolf sei ihm keineswegs mit rechthaberischer Arroganz entgegengetreten. Trotz der

peinlicherweise für den Protest ihrer drei Abgeordneten.

Mit Beginn des Jugoslawien-Kriegs im Jahr 1999 – mit deutscher Beteiligung – gründete Winfried Wolf die „Zeitung gegen den Krieg“, die seitdem in der Regel zweimal jährlich erscheint – diese 54. Ausgabe ist die erste ohne ihn als Chefredakteur.

Sein ihm persönlich wichtigstes Projekt, Lunapark 21, stellt nach 62 Ausgaben ihr Erscheinen ein. Ohne Winnies persönlich-politische Kontakte, ohne seine Recherchen und seine Fähigkeit, „auf den letzten Drücker“ noch fundierte Texte zu schreiben, sieht sich die Redaktion nicht in der Lage, die Qualität des Hefes aufrecht zu erhalten.

Die „Zeitung gegen den Krieg“ werden wir fortsetzen. Das entspricht Winnies Wunsch, der in seinen beiden letzten Lebensjahren viel dafür getan hat, die Arbeit an der ZgK auf eine breitere Basis zu stellen. Die ZgK wird sich selbst treu bleiben. Wir standen und stehen weiter für eine Vielfalt

Wir haben in der Redaktion überlegt, wie wir Winfried Wolfs Engagement gegen den Krieg am besten würdigen können, und uns dafür entschieden, fünf seiner Texte noch einmal abzudrucken, die er für die ZgK schrieb.

Die Texte entstanden zwischen 2011 und 2021 und sie sind inhaltlich immer noch erstaunlich aktuell. Gleichzeitig fiel uns beim wieder-lesen auf, wie kenntnisreich, zugespitzt und verständlich Winnies Texte sind – er wird uns an allen Ecken und Kanten fehlen. Wir illustrieren die Texte mit den zu den Artikeln gehörenden Bildern aus der jeweiligen Ausgabe der ZgK.

Nr. 48 /2021 Frühjahr 2021:

Die Kriegsgefahr wächst.

[...] Joe Biden als neuer US-Präsident stellt keinerlei Bruch dar; er setzt dort an, wo Trump aufhörte. Er will am Konfrontationskurs gegen China festhalten. Er befürwortet das Atomwaffenprogramm, mit dem ein atomarer Erstschatz möglich werden soll. Er fordert ein Aus von Nordstream II, um Deutschland fest ins Lager der Aufrüster und Kriegstreiber einzubinden. Die extremen US-Sanktionen gegen den Iran werden aufrechterhalten. Und – das ist ein unglaublicher Affront: Joe Biden nennt Putin einen „Killer“. Wie, bitte schön, soll man sich unter solchen Bedingungen auch nur ein vernunftgeleitetes Telefonat zwischen den beiden vorstellen, wenn es einen atomaren Fehlalarm gibt?

Und wie sieht es hierzulande aus? Das 2-Prozent-Rüstungsziel ist inzwischen weitgehend „durch“. Ausgerechnet in den Corona-Jahren 2020 und 2021 werden die deutschen Militärausgaben um einen Betrag erhöht, mit dem man die gesamte Gastronomie und Hotellerie mit 2,2 Millionen Beschäftigten ein Vierteljahr lang hätte durchfinanzieren können – als eine soziale und epidemiologisch sinnvolle Maßnahme im Rahmen einer Zero-Covid-Politik. Und dann gab es in der Corona-Krise den bislang größten Einsatz der Bundeswehr im Inneren. In den Gesundheitsämtern fehlen 15.000 Profis zur Verfolgung der Infektionsketten; da wird fast nullkommanull aufgestockt. Doch 15.000 Bundeswehr- Männer und Frauen ohne Ausbildung werden als Corona-Hilfen eingesetzt. Ein Call-Center, von Indien aus operierend, wäre da oft hilfreicher gewesen. [...] Nr. 47 Herbst 2020:

Die atomare Gefahr heute

[...] US-Präsident Truman kommentierte das „Manhattan-Projekt“ zum Bau der Bombe und den Abwurf der ersten zwei Atombomben gegenüber der New York Times wie folgt: „Wir haben zwei Milliarden Dollar im größten wissenschaftlichen Spiel in der Geschichte gesetzt und gewonnen.“ Mit dem Bombenabwurf wurde der Welt diktiert: Die USA sind ab jetzt der Hegemon auf wirtschaftlichem, politischen und militärischem Gebiet. Seither haben die USA diese hegemoniale Position durch Bündnisse wie die Nato gefestigt, durch eine gigantische Hochrüstung, durch ein halbes Hundert militärischer Interventionen und Militärputsche und mit einem

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Hein Peil
Beirat Wird gerade neu gebildet; nähere Informationen in der nächsten ZgK-Ausgabe. **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Heino Berg. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Partei Vorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:
von 1 bis 99 Ex = 45 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 32 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Texte von Winfried Wolf für die ZgK



Mahnwache in Bremen für die Ächtung von Atomwaffen im Jahr 2020

halben Dutzend großer Kriege verteidigt. Letzteres mit den Kriegen in Korea 1950-53, in Indochina 1964-1975, im Irak 1990/91, in Serbien und im Kosovo 1999, in Afghanistan seit 2001 und ein weiteres Mal im Irak 2003. Der größte Erfolg dieser US-Hegemonialpolitik bestand darin, dass 1990/91 die Sowjetunion implodierte, der größte Teil ihrer ehemaligen Bündnispartner, darunter die DDR, dem westlich-kapitalistischen Reich einverleibt und die Nato bis an die Grenzen zu Russland vorrücken konnte. Dass die erwähnten Kriege für die Regierungen in Washington genau die hier zugeschriebene Funktion haben, unterstrich der US-Präsident George Bush senior, als er zum Auftakt des Irak-Kriegs 1990 konstatierte: „We create a new world order“ – Wir zementieren mit diesem Krieg die neue und alte Weltordnung. Einigermassen unerwartet entstand jedoch in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts eine neue Situation. Der US-Hegemon wird seither von dritter Seite herausgefordert. Und so, wie die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre als Beschleuniger der neuen Kräfteverhältnisse gewirkt hatte, so wirken die Krisen des 21. Jahrhunderts als Beschleuniger für veränderte Kräfteverhältnisse. Aus der Krise 2007/2008 ging die VR China als Weltexportmeister hervor. Aus der Krise 2020 steigt China zur größten und kreativsten Wirtschaftsmacht der Welt auf. [...]

Nr. 39 / Frühjahr 2015: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges

Behauptung: Die Lehren, die Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg zog, bestehen darin, dass

von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen wird und dass die Europäische Union ein Bündnis des Friedens ist.

Antwort: Die Europäische Union ist aktiv daran beteiligt, dass die Militarisierung in Europa voranschreitet. EU-Kommissionspräsident Juncker und die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen forderten im März 2015 den Aufbau einer EU-Armee. Die deutsche Regierung ist innerhalb der NATO



Protest im Bundestag gegen den Besuch von US-Präsident George W. Bush 23.5.2002

aktiv daran beteiligt, dass erneut westliche Angriffswaffen – auch atomare – Russland direkt bedrohen. Es findet eine Politik der militärischen Einkreisung Russlands statt. Der neue NATO-Oberbefehlshaber in Europa, Philipp M. Breedlove, stellt ausdrücklich die These in Frage, dass es keinen neuen Krieg geben könne, der von Europa ausgeht. Die Bundeswehr spielt eine zentrale Rolle in Kriegsplänen, die sich direkt gegen Russland richten. Schließlich war die Bundeswehr 1999 aktiv an dem Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugo-

slawien beteiligt. Sie ist heute in Afghanistan, Kurdistan, Mai und in anderen Teilen der Welt aktiv. [...]

Nr. 32 / Herbst 2011: Krisen. Rüstung. Kriege

Der Milliardär Warren Buffet bezeichnete die neuen spekulativen Wertpapiere als „Massenvernichtungswaffen“. Buffet hat recht. Und Buffet untertreibt. Die Börsenturbulenzen in jüngerer Zeit unterstreit-

Zweitens haben Krisen immer neue Kriege zur Folge, was Nachfrage nach Waffen schafft.

Drittens verschärfen schwere weltweite Krisen – wie die gegenwärtige – die Konkurrenz um den Weltmarkt, was wiederum militärisch abgesichert wird.

Nr. 22 / Winter 2005/2006: „Folter stoppen!“ – BRD ist am US-Krieg gegen Terror beteiligt

[...] Ramstein ist der größte US-Stützpunkt außerhalb der USA und war, so der US-General Charles F. Wald, „entscheidend am Irak-Einsatz beteiligt“. Und, nicht zu vergessen: Die Bundeswehr unterstützt mit ihren Auslandseinsätzen – so auf dem Balkan und in Afghanistan – die US-Kriege. Die Bundeswehr-Spezialeinheit KSK führt gemeinsam mit US-Einheiten einen Geheimkrieg in Afghanistan, über den selbst der Verteidigungsausschuss des Bundestags nichts erfährt – etwa ob Gefangene gemacht werden und ob gefoltert wird.

Eine umfassende Aufklärung über US-Folterflüge in Europa ist erforderlich. Vor allem aber ist von der US-Regierung ein Ende aller Art Folterpraktiken und eine Auflösung aller Foltergefängnisse zu fordern. Schließlich bleibt die Forderung nach einem Abzug aller Bundeswehreinheiten aus dem Ausland zentral. Übrigens: Wer von „unserem Bündnispartner“ ein Ende der Folterpraktiken fordert, hat zumindest punktuell den US-Senat und den Obersten Gerichtshof, vor allem aber die Mehrheit der US-Bevölkerung als Verbündete. Wer solche Forderungen unterläßt, betätigt sich als Handlanger von Folterknechten. [...]

chen: Es ist die Börse selbst, es ist der freie Finanzmarkt, die die Potenz zur massenhaften Vernichtung von Millionen Existenzen haben. Es gibt auch einen engen Zusammenhang zwischen den Massenvernichtungswaffen der Finanzmärkte und den massenhaften Vernichtungswaffen der Rüstungsindustrie. Oder: einen Zusammenhang zwischen Krise, Rüstung und Krieg. Dieser lässt sich auf drei Ebenen konkretisieren:

Erstens erweisen sich gerade in Krisenzeiten Investitionen in Rüstung als weit sicherer als zivile Investment.



Auf dem Berliner Reichstag, 2. Mai 1945, ZgK-Illustration zu „70 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges“, 2015 - Aufmacher-Grafik zu „Folter stoppen!“ Winter 2005/2006

Hallo Frau Baerbock!

„Mit jedem Tag des Kriegs versuchen wir alles, was uns zur Verfügung steht, zu leisten, damit die Ukraine diesen Krieg gewinnen kann“.

Nach der offenbar gescheiterten ukrainischen Militäroffensive kursieren Zahlen von fast 30.000 getöteten ukrainischen Soldaten und ausländischen Söldnern, auch aus Deutschland. Über 1.000 Stück militärisches Großgerät, frisch angeliefert auch Nato-Staaten wurde bereits zerstört. Deshalb die Frage: Glauben Sie an einen „Endsieg“ nach deutschem Vorbild des Jahres 1945, z.B. mit „Wunderwaffen“? In diesem Fall ginge es aber nicht um die Totalzerstörung eines einzelnen Landes, sondern um das Ende der Menschheit in einem Atomkrieg, wenn man die militärische Eskalation weiter treibt. Dass der wirtschaftliche Abstieg Deutschlands und die zunehmenden sozialen Verwerfungen hierzulande nichts mit dem Ukraine-Krieg zu tun haben, ist ja wohl ihre feste Überzeugung.

Bei ihren Auslandsreisen in den Globalen Süden sind Sie mit dort ausgearbeiteten Friedensplänen zum Ukraine-Krieg konfrontiert worden, wenngleich auf ihren dortigen Pressekongressen dieses von Ihnen nicht erwähnt wurde. Gibt es in der deutschen Politik für den Ukraine-Krieg auch einen Plan „B“, oder besser: einen Plan „F“ für Frieden?

Hallo Herr Pistorius!

„Wir werden unser Engagement im Indopazifik in den nächsten Jahren verstetigen müssen“. So sagten sie das bei der Konferenz zu internationaler Sicherheit in Singapur Anfang Juni. Eigentlich nichts neues, sondern nur eine Bekräftigung früherer Aussagen. Vor allem heißt das: Vor der Küste Chinas aufkreuzen, wie zuletzt mit der Fregatte „Bayern“ im Jahr 2021. Diese durfte dann aber nicht im Hafen von Shanghai einlaufen. Ziemlich frech von den Chinesen, wo wir doch nur die besten Absichten haben. Früher nannte man das Kanonenboot-Diplomatie. Landgänge waren dabei aber inklusive, wie bei dem Boxeraufstand um 1900 mit einem deutschen Truppenkontingent von 15.000. Eingeleitet wurde dieses mit der berühmten Hunnenrede von Kaiser Wilhelm II zum brutalen Vorgehen gegen Aufständische. In der Bucht von Kiautschou hatte man bereits einige Jahre vorher einen Pachtvertrag über 99 Jahre erzwungen. Also einen festen Stützpunkt auf chinesischem Festland. Klappte nur nicht mit 99 Jahren Laufzeit, sondern endete mit dem Ende des deutschen Kaiserreichs 1918. Wieso jetzt also eine stetige Präsenz vor der Küste Chinas? Passt das zum „De-Risking“ der neuen China-Strategie der Bundesregierung mit der die ohnehin bereits fragilen Wirtschaftsbeziehungen noch komplizierter werden? Könnte es sein, dass man in China ein besseres historisches Gedächtnis hat als hierzulande und die stetige Marinepräsenz die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands verstetigen?

Die Rolle der Gewerkschaften im Kampf für den Frieden.

Frank Deppe

Aus der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung kennen wir zahlreiche Dokumente zum Protest und Kampf der Gewerkschaften – besonders derjenigen, die sich der sozialistischen Strömung der Arbeiterbewegung zurechnen – gegen drohende Kriegsgefahr sowie gegen das Grauen des realen Kriegsgeschehens. Sie riefen dazu auf, die Waffen niederzulegen und für friedliche Lösungen von Konflikten zu ringen. Diese Einstellung entspricht ihrem Selbstverständnis: sie sind Interessenvertretungen der lohnabhängig Arbeitenden, die in den großen Kriegsschlachten als „Kanonenfutter“ an den Fronten verheizt werden. Zu Hause sind ihre Familien dem Bombenterror feindlicher Flieger ausgesetzt, die die großen Städte in Schutt und Asche legen. In den Armeen manifestiert sich das System der Klassenherrschaft in der Beziehung des Offizierskorps zu den gemeinen Soldaten; im Krieg wird die Demokratie abgeschafft. An der „Heimatfront“ herrschen Hunger und Not, während die Konzerne, die die Waffen produzieren, riesige Gewinne einfahren.

Das „Nein zum Krieg“ beruhte aber auch immer wieder auf der Erkenntnis, dass Kriege zwischen Nationalstaaten oder zwischen Bündnissen von Staaten – ausgeführt werden, die die ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Klassen bzw. des jeweils „herrschenden Machtblockes“ vertreten. Die „ideologischen Staatsapparate“, zu denen auch die „Staatskirchen“, die Leitmedien und die Universitäten als Ausbildungsstätten der Eliten gehören, wirken dabei immer wieder als Instrumente der Legitimation der Kriegspolitik und ihrer Ziele. Für die Volksmassen bedeutet Aufrüstung die Umverteilung von Staatsgeldern von der Sozial- und Infrastrukturpolitik zu den Rüstungsausgaben und zur Stärkung des „militärisch-industriellen Komplexes“. Der Militarismus begünstigt die „Untertanenmentalität“ in der Gesellschaft und fördert den Siegeszug von nationalistischem,

auch rassistischem Ideologien in den Köpfen von Angehörigen der subalternen Klassen.

Von solchen Erkenntnissen war z.B. die Resolution inspiriert, die im Jahre 1907 vom Internationalen Sozialistenkongress (1907) in Stuttgart verschied wurde. An diesem Kongress nahmen auch Vertreter der – der Sozialdemokratie angehörenden – Generalkommission der deut-

schen Gewerkschaften teil. „Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern ...“ Am Schluss heißt es: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte,

ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“

Im 20. Jahrhundert – im „Zeitalter der Extreme“ und Katastrophen (Eric Hobsbawm) – hat sich die Arbeiterbewegung immer wieder über die Frage „Krieg und Frieden“ gespalten. Im Ersten Weltkrieg unterstützten weite Teile der Sozialdemokratie – vor allem der Gewerkschaftsführungen – die Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung. Ab 1915 wurde allerdings die Opposition gegen Krieg und Monarchie immer stärker. Ab 1916 setzte sich die USPD für Frieden und Demokratie ein. Ab 1917 kam es zu Massendemonstrationen, die in die Rätebewegungen zum Sturz der Monarchie am Ende des Krieges übergingen.

In den folgenden Kriegen wurden Gewerkschaften mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert: mit der Kampf gegen den Faschismus der Achsenmächte,

den die Überlebenden oft nur in Konzentrationslagern, Zuchthäusern oder in der Emigration verfolgen konnten, im Kalten Krieg gegen den Kommunismus nach 1947, mit den vielen Kriegen in Asien und mit den antikolonialen Befreiungskriegen in der sog. Dritten Welt“. Seit Hiroshima und der wechselseitigen Bedrohung der Blöcke durch Atomwaffen stehen allerdings die Forderung nach dem Verbot von Atomwaffen sowie die Warnung vor der Eskalation von begrenzten militärischen Konflikten im Mittelpunkt der Friedensbewegungen in der ganzen Welt.

Die DGB Gewerkschaften in der Bundesrepublik bekannten sich zu der Losung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg“. Sie gerieten da-

bei in Widersprüche. Sie unterstützten mehrheitlich die Positionen „des Westens“ im Kalten Krieg. Damit unterstützten sie aber auch jene Kräfte der Restauration (in der CDU/CSU sowie in der FDP), die bis Anfang der 50er Jahre die vom DGB geforderte „Neuordnung

von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik“ verhindert hatten.

Die linken Kräfte in den Gewerkschaften verstanden sich daher als Teil der Friedensbewegungen, die sich in den 50er Jahren im Kampf gegen die Re-Militarisierung sowie in mächtigen Demonstrationen unter der Losung „Kampf dem Atomtod“ (1958), schließlich ab Ende der 50er Jahre in der Ostermarsch-Bewegung manifestierten. Die Führungen von SPD und DGB hatten sich seit Ende der 50er Jahre von der Friedensbewegung abgewandt. Diese entfaltete allerdings bis zum Ende der 70er Jahre – als außerparlamentarische Bewegung (APO) – im Kampf gegen die Stationierung von Atomraketen und um die Forderung nach Abrüstung sowie nach Entspannungspolitik beachtliche Kräfte – innerhalb der Gewerkschaften, aber auch in den politischen Parteien der Linken.

Die neu gegründete Partei Die Grünen begriff sich als eine Partei der Ökologie- und Friedensbewegung – Petra Kelly, Gert Bastian und Antje Vollmer z.B. sprachen bei den großen Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss und bei den Blockadeaktionen vor US-amerikanischen Atomdepots in der Pfalz.

In unserer Zeit der neuen Kriege und der Gefahren des nuklearen Hochrüstungswettlaufes bedarf es einer starken Friedensbewegung, die sich dem Rückfall des Denkens auf die imperiale Politik der Großmächte entgegenstellt und für Alternativen der Sicherheitspolitik plädiert. Um sich Gehör und politischen Einfluss zu verschaffen, braucht diese Bewegung wie in der Vergangenheit freilich die Unterstützung von relevanten Teilen der Gewerkschaften – auch aus den Betrieben selbst!

Frank Deppe ist ...

Friedensbewegung in Italien

Sergio Bassoli

Die Friedens- und Abrüstungsbewegung wurde unmittelbar nach Russlands militärischer Aggression gegen die Ukraine gestartet. Wir haben diesen neuen Krieg klar verurteilt und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, sich für einen Waffenstillstand und die Aufnahme ernsthafter und verantwortungsvoller Verhandlungen einzusetzen, um einen weiteren Krieg mit den Mitteln der Diplomatie, der Politik und im Rahmen des Völkerrechts zu beenden.

Wir haben mobilisiert und werden weiterhin mobilisieren, um Solidarität zu zeigen und den Opfern dieses Krieges zu helfen, mit Friedensmissionen und humanitärer Hilfe für die ukrainische Bevölkerung und durch die Unterstützung von Flüchtlingen und Waisenkindern in Italien.

Leider hat die Europäische Union, getrieben von der Politik der USA und des atlantischen Bündnisses, den Weg des Krieges gewählt und die Ukraine militärisch unterstützt, anstatt den Weg der Verhandlungen zu wählen, um in erster Linie Menschenleben zu retten und

die Zerstörung von Territorien und die Gefahr eines Unfalls oder eines Atomkriegs zu vermeiden. Die Folgen sind katastrophal, dramatisch für die gesamte Menschheit und für die Zukunft des Planeten.

Wir setzen die Mobilisierungen in den italienischen Städten fort und fordern die italienische Regierung und das Parlament weiterhin auf, diesen verrückten Wettlauf um Aufrüstung und militärische Eskalation zu stoppen, der Ressourcen von den Ausgaben für die Grundversorgung und den ökologischen Übergang unseres Produktionssystems vernichtet.

Unsere Verfassung besagt in Artikel 11 „Italien lehnt den Krieg ab ...“ und wir werden in der von der Wiener Konferenz einberufenen Woche der internationalen Mobilisierung (30.9.-8.10.) erneut in großer Zahl auf die Straße gehen, um die Einhaltung unserer Verfassung zu fordern und zu zeigen, dass die Mehrheit der Weltbürger einen Waffenstillstand und ein Ende dieses und aller Kriege fordert. Niemand kann den Krieg gewinnen, nur der Frieden kann der Sieg sein.

Sergio Bassoli ist Mitglied der italienischen Initiative „Europa für den Frieden“

+++ aktiv gegen krieg +++

Konsolidierung nur mit Gewerkschaften

Etwa 250 Teilnehmer hatte die friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz, die im Juni in Hanau stattfand. Noch einmal 250 folgten der Diskussion im Livestream. Ein großer Erfolg, der das wachsende Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit in der Zeitenwende zeigt.

Die solidarische Konferenzatmosphäre unterstrich, was die Veranstalter als These in den Raum gestellt hatten: Gewerkschafter können über Meinungsunterschiede hinweg Handlungsfähigkeit organisieren. Ihre Erfahrung, dass man zusammenstehen kann, auch wenn man nicht in allen Fragen einer Meinung ist, könnte die vielfach gespaltene Friedensbewegung stabilisieren.

Dazu aber braucht es mehr Diskussion in den Gewerkschaften. Anknüpfungspunkte gibt es viele, denn Klassenpolitik ist antimilitaristisch. Und die aktuelle Entwicklung zeigt: Eine Regierung, die militäristische Sondervermögen beschließt, wird irgendwann zu sozialen Grausamkeiten übergehen. Und es sind nicht die Reichen und Superreichen, die dann unter Druck geraten.

Auf diese neue Verschränkung von außen- und sozialpolitischen Fragen müssen die Gewerkschaften mit der Wahrnehmung des politischen Mandates reagieren. Die Hanauer Konferenz hat dazu einen Anstoß gegeben. Der Schwung muss genutzt werden: Im Spätherbst soll ein Vernetzungstreffen stattfinden, im Frühjahr 2024 eine Folgekonferenz. Klar ist: Gewerkschaften müssen Teil der Friedensbewegung sein. Das aber geschieht nicht von allein. Es muss organisiert werden.

Ulrike Eifler

+++ engagiert für den Frieden +++

Die Beziehung zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften

„Wir waren schon mal weiter!“

Christof Ostheimer

Als mich am 22.01.2022 die Nachricht vom russischen Einmarsch in die Ukraine erreichte, war für mich als Friedensaktivist in ver.di klar, dass uns das um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückwerfen würde in unserem Bemühen um Abrüstung und Demilitarisierung der internationalen Politik. Nicht nur, aber besonders augenfällig trat sehr schnell eine gewisse Entfremdung der Gewerkschaften (als einem ihrer gewichtigsten Bündnispartner) von der Friedensbewegung ein. Inhaltlich lässt sich dies am über Bord werfen traditioneller friedenspolitischer Essentials wie der Ablehnung von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete, organisatorisch an der „Stilllegung“ der - stark gewerkschaftlich geprägten - Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten!“ ablesen. Daran hat sich in den eineinhalb Jahren, die der „russische Angriffskrieg“ nun andauert, wenig geändert bis auf einen erst kürzlich aufgetretenen Hoffnungsschimmer am Horizont der Bündnisbeziehungen zwischen den DGB-Gewerkschaften



und der Friedensbewegung (s.u.).

Die aktuelle „Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2023“ enthält immerhin noch

- die Ablehnung der NATO-Vorgabe für Rüstungsausgaben von mind.

zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – verbunden mit dem Hinweis, dass „jeder Euro, der zusätzlich für Aufrüstung ausgegeben wird, an anderer Stelle fehlt“,

- die Warnung vor dem Irrglaube

- ben, „immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen“,
- die Verurteilung „aller (!) Regierungen, die Krieg, Unterdrückung, Gewalt und Folter als Mittel der Politik ... einsetzen“,
- die Forderung nach einem Waffenstillstand, nach „friedlichen Ansätzen zur Konfliktlösung – Mut zur Diplomatie“,
- die Warnung vor einem neuen „nuklearen Rüstungswettlauf“, verbunden mit der Forderung nach „neuen nuklearen Rüstungskontrollabkommen“
- und sogar die „Eindämmung von Rüstungsexporten“, dies natürlich „im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft“.

Das alles ist nicht verkehrt, aber doch merkwürdig unkonkret, v.a. was den Adressaten der Forderungen betrifft. Überdeutlich wird dies am Beispiel der „nuklearen Aufrüstung“, wo die Bundesregierung von ihrer Verpflichtung, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) entbunden wurde. Noch zwei Jahre zuvor forderte der DGB in seinem Antikriegstagsaufruf die Bundesregierung auf, „endlich den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen“ und kritisierte die NATO, dass sie mit ihrer neuen „NATO 2030“-Strategie „gezielt auf Konfrontation gegenüber Russland und China“ setze. Aus einer kritischen Ursachenanalyse für die Zuspitzung des Ukraine-Konfliktes zu einem „echten Krieg“ wurde im Rahmen der vom Bundeskanzler ausgerufenen „Zeitenwende“ die einseitige Schuldzuweisung an den russischen Aggressor. „Wir waren da wirklich schon mal weiter“, meinte kürzlich ein Kollege aus der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten!“.

Auch wenn die Friedensbewegung den Gewerkschaftsführungen eine gewisse „Erblindung auf

dem „NATO-Auge“ attestiert und deutliche Kritik daran übt, hält sie doch in ihren Bemühungen um den Fortbestand des Bündnisses mit den Gewerkschaften fest und beteiligt sich vielerorts an der gemeinsamen Vorbereitung und Durchführung von Aktionen zum bevorstehenden Antikriegstag. Unter der Überschrift des DGB-Aufrufes „Die Welt braucht Frieden“ Wir stehen zusammen: für Solidarität, für Gerechtigkeit, für Freiheit und für Frieden – jetzt!“ können sich am 1. September sicherlich „alle, die reinen Herzens für Frieden sind“, versammeln. Und das sind eigentlich sehr viele, wie am „Manifest für Frieden“ von Schwarzer und Wagenknecht oder an der „Friedensinitiative aus der Mitte der Gesellschaft – <https://friedensschaffen.net/>“ zu erkennen war. Letztere wurde von vielen aktiven GewerkschaftskollegInnen, insbesondere aus der IG Metall, und von mehreren DGB- und Gewerkschaftsvorsitzenden (allerdings nur den ehemaligen) unterschrieben.

Bereits im September 2021 hatten ehrenamtliche Friedensaktivisten des „ver.di-internen Friedensnetzwerks“ mit Unterstützung aus ihrer Bundesverwaltung eine „1. ver.di-Friedenskonferenz“ in Hamburg organisiert, der dann leider aber keine weiteren folgten. Im Juni fand in Hanau eine von der dortigen IG Metall organisierte „Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz“ statt, in der u.a. von Tarifikämpfen mit der Losung „Waffen runter – Löhne rauf!“ berichtet wurde. Und jüngst war zu hören, dass es im Herbst einen „Gewerkschaftlichen Friedensratschlag“ geben könnte, durch den auch die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten!“ wiederbelebt würde. Zu hoffen bleibt schließlich, dass die friedensbewegten Basisaktivitäten in den beiden großen DGB-Gewerkschaften ver.di und IG Metall zu guten Diskussionen und tragfähigen Beschlüssen im September bzw. Oktober dieses Jahres führen werden.

Christof Ostheimer ist Friedensaktivist und aktiver Gewerkschafter bei ver.di.

Interview mit Helga Schwitzer, IG Metall

„Frieden schaffen“

ZgK: Wie sieht Du die aktuelle Rolle der Gewerkschaften in den Aktionen für den Frieden in der Ukraine?

Helga Schwitzer: Die gesellschaftspolitische Debatte zum Ukraine-Krieg, insbesondere die Frage Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen auf der einen Seite und schnelle Verhandlungen zur Beendigung des Krieges mit Russland und der Ukraine auf der anderen Seite zieht sich natürlich auch durch die Gewerkschaften.

Es gibt aber eine immer größere Zahl von GewerkschafterInnen, die mittlerweile erkennen, dass jede Waffenlieferung insbesondere von schweren Waffen einer schnellen Beendigung des Krieges im Wege steht. Das zeigen auch die Teilnahmen an Friedensdemonstrationen. Wir haben gerade als IG Metall einen klaren Satzungsauftrag (§ 2) und bekennen uns zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Wir werden auf dem IG Metall Gewerkschaftstag im Oktober d.J. die Debatte führen, wie wir als Teil der Friedensbewegung uns auch aktiver für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik einsetzen können.

Ich wünsche mir eine klarere gewerkschaftspolitische Orientierung, die sich deutlich gegen die Eskalations- bzw. Gewaltspirale wendet und eine weltweite Entspannungspolitik aktiv vorantreibt. Wir sind als IG Metall für die deutschen Rüstungsbetriebe zuständig, umso stärker würde eine klare Positionierung für Frieden, Abrüstung und Waffenstillstand den gesellschaftspolitischen Diskurs beleben.

In der Debatte um Konversion waren wir in den letzten Jahren auch schon weiter, mit vielen

Arbeitskreisen auch in Rüstungsbetrieben.

ZgK: Du bist eine der Erstunterzeichnerinnen des Aufrufes „Frieden schaffen“. Worin liegt für Dich die Bedeutung dieses Aufrufes?

Helga Schwitzer: Das wichtigste ist für mich, gemeinsam für einen schnellen Waffenstillstand einzutreten und alles zu tun, den russischen Angriffskrieg zu stoppen und endlich den Weg für Verhandlungen zu finden. Das ist das Anliegen des Aufrufs und das ist auch für mich das Entscheidende, wohl wissend, dass es keinen einfachen Weg und keine einfache Lösung geben wird. Aber jeder Tag, jeden Monat... den dieser Krieg weiter geht, kostet er Menschenleben und von anderen Zerstörungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der Infrastruktur usw. ganz zu schweigen.

Diesen Krieg wird keine Seite gewinnen können und die Verluste werden uns alle über Jahre und Jahrzehnte beschäftigen. Mir ist die Stimme des Generalmajors a.D. Harald Kujat noch deutlich im Ohr, der zurecht die Medien kritisiert, die oft fernab von sicherheitspolitischen und strategischen Kenntnissen selbst Politik machen. Er weist aber zurecht auch auf die geopolitischen Interessen der USA hin, die letztlich auch einer schnellen diplomatischen Lösung im Wege stehen. Eine Verhandlungslösung ohne Vorbedingungen, aber mit dem klaren Willen, weitere Eskalationen zu verhindern und zu einer Friedensordnung in der Ukraine zu kommen, das geht nur, wenn es ein breites Bündnis in Europa und der Welt gibt und es geht nur mit Russland. Heinrich Böll hat einmal gesagt,

Frieden ist das Einzige, was es zu gewinnen gibt.

ZgK: Anti-Kriegstag 2023 – was ist das besondere an diesem Tag in diesem Jahr?

Helga Schwitzer: Der diesjährige Antikriegstag findet nun schon im zweiten Jahr unter den Bedingungen des Krieges in der Ukraine statt. Er muss und wird ein deutliches Zeichen gegen Krieg und für Völkerverständigung setzen und hoffentlich mit einer großen Teilnahme auch öffentlich wahrgenommen werden.

In der Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2023 wird klar herausgestellt, dass jeder Krieg ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit ist und deshalb alles unternommen werden muss, die Waffen endlich zum Schweigen zu bringen und zwar überall. Der DGB wendet sich gegen weitere Waffenlieferungen und gegen die weitere Aufstockung des Rüstungsetats.

Der Antikriegstag muss auch dazu genutzt werden, im 78. Jahr der Bombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki jeglichen Einsatz von Atomwaffen zu ächten und den fatalen Einsatz und die Lieferung von Streubomben aufs Schärfste zu verurteilen. Die Bundesregierung und die Staaten, die den Einsatz von Streubomben verurteilen, müssen alles tun, um die Eskalation zu stoppen und mit Diplomatie, einen Waffenstillstand zu erreichen. Dazu passt das Motto des DGB zum Antikriegstag: „Die Welt braucht Frieden! Wir stehen zusammen: Für Solidarität, für Gerechtigkeit, für Freiheit und für Frieden – jetzt!“

+++ aktiv gegen krieg +++

Der Antikriegstag – Eine Selbstverpflichtung des DGB

Die Ursprünge des Antikriegstages am 1. September anlässlich des deutschen Überfalls auf Polen und damit ausgelösten zweiten Weltkrieges reichen weit zurück. Erstmals wurde in der Sowjetischen Besatzungszone dieser Tag 1946 als „Weltfriedenstag der Jugend“ begangen. Seit Beginn der 1950er Jahre wurde in der DDR der 1. September als „Tag des Friedens“ bzw. als „Weltfriedenstag“ mit öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen begangen. Die westdeutsche Initiative für diesen Gedenktag ging vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) aus, der erstmals am 1. September 1957 unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zu Aktionen aufrief.

Vorausgegangen waren die Initiative „Antimilitaristische Aktion 1957“, u.a. mit Kriegsdienstgegnern und der Naturfreundejugend und der sozialistischen Jugend Die Falken anlässlich erster Soldatenrekrutierungen im April 1957 nach der vorausgegangenen Einführung der Wehrpflicht. Verpflichtet für den DGB wurde der (gewerkschaftliche) Antikriegstag aber erst mit einem Beschluss im Mai 1966, worin es heißt: „Der Bundeskongress fordert den Bundesvorstand des DGB und die Vorstände der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, damit der 1. September in würdiger Form als ein Tag des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg begangen wird.“ An jedem 1. September machen damit auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften deutlich: Die deutschen Gewerkschaften stehen für Frieden, Demokratie und Freiheit. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! Der DGB-Aufruf zum Antikriegstag 2023 steht unter dem Motto: „Die Welt braucht Frieden!“

+++ engagiert für den frieden +++

Tunesien

Vorreiter der Flüchtlingsbekämpfung der EU



Im Hafen von Lampedusa (Foto: Angela Huemer)

Werner Ruf

Die kürzeste Strecke vom tunesischen Ufer zur italienischen Insel Lampedusa beträgt nur ca. 140 km. Hauptsächlich auf dieser Strecke erreichten 2022 insgesamt 13.742 Menschen, darunter 642 Frauen und 2.6735 größtenteils unbegleitete Minderjährige die Küsten Europas. Die Zahlen steigen und steigen: Allein zwischen dem 7. und 10. April 2023 erreichten ca. 3.000 Menschen Italien, davon etwa 1.700 Lampedusa. Die Flucht erfolgt auf immer unsichereren Booten, die oft nur aus Blechen zusammengeschweißt werden. Viele dieser Boote werden von der tunesischen Küstenwache abgefangen, die oft

die Außenbordmotoren beschlagnahmt oder zerschießt, so dass die Boote manövrierunfähig werden, oder sie bringen sie mit ihren hohen Bugwellen zum Kentern. Die Zahl der dann noch lebend „Geretteten“ geht in die Hunderte pro Nacht, an den Stränden oder in den Netzen von Fischern finden sich täglich die Leichen der Ertrunkenen.

Aufgrund der schier unbeschreiblichen Lebensbedingungen Geflüchteter in Libyen, der in Sklavenhandel verwickelten libyschen Küstenwache wichen in der jüngsten Zeit immer mehr Menschen auf eine Route über Tunesien aus. Der im Lande selbst sich rapide fortsetzende wirtschaftliche und soziale Niedergang führte zu immer rasanter

ansteigenden Flüchtlingszahlen auch von Tunesiern.

Tunesien im Würgegriff von IWF und EU

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer schleichenden wirtschaftlichen Katastrophe in Tunesien. Der Schuldendienst für vor allem in den Jahren 2012 - 2014 aufgenommene Kredite führte praktisch zur Zahlungsunfähigkeit. 2022 verhandelte Tunesien mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) um einen neuen Kredit. Dieser wäre aber an sogenannte Struktur Anpassungsauflagen verbunden, d.h. Beendigung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und Energie, Privatisierung staatlicher Unternehmen verbunden, was aber als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes gesehen wird und zu sozialen Unruhen führen würde.

Nach zähen Verhandlungen erreichten Tunesien und die EU im Juli 2023 eine Einigung bezüglich des Umgangs mit Migranten aus dem subsaharischen Afrika in Tunesien. Beschlossen wurde kein Vertrag mit klaren gegenseitigen Rechten und Pflichten sondern ein „memorandum of understanding“, also eine Art Willenserklärung, die gemeinsame Absichten unter dem anspruchsvollen Titel „umfassende strategische Partnerschaft“ zwischen Tunesien und der EU bekundet.

Dabei widmen sich die einzelnen Kapitel der „makro-ökonomischen Stabilität“, „Wirtschaft und Handel“, „Übergang zu grüner Energie“, „Annäherung der Völker“. Erst im letzten, fünften Kapitel „Migration und Mobilität“ wird das Thema behandelt, um das es eigentlich geht: Tunesien erklärt, dass es keine Ansiedlung von illegalen Migranten dulden und nur seine eigenen Grenzen schützen wird. Dazu gehört die Entwicklung eines Systems zur Identifizierung und Rückführung in ihre Heimatländer von schon in Tunesien präsenten illegalen Migranten. Die Operationen zur Suche und Rettung auf hoher See und wirksame Maßnahmen gegen den Menschenhandel sollen effizienter werden.

Die finanzielle Belohnung für die so vereinbarte Türsteherrolle Tunesiens: Ganze 150 Mio. Euro werden zur freien Verfügung als Budgethilfe an den tunesischen Staat gewährt. Ferner bietet die EU bis zu 900 Mio. Euro ohne nähere Spezifizierung des Zwecks für die nächsten Jahre in Form von Krediten an. Alles in allem also eine magere Ausbeute, die nicht dazu geeignet ist, dem Land aus seiner sozio-ökonomischen Misere herauszuhelfen.

Tunesien gnadenlos gegen Menschenrechte

Wie um ihre Rolle in der neuen Vereinbarung mit der EU zu demonstrieren, veranstalteten Polizei, Nationalgarde und die Armee gewissermaßen als Begleitkonzert zu dem Memorandum of Understanding regelrechte Razzien gegen subsaharische Menschen in Tunesien, indem sie diese wahllos zusammentrieben und mit Bussen und LKW in die Wüste an der libyschen und in geringerem Maße an der algerischen Grenze verfrachteten und dort ohne Wasser, Nahrung oder schattenspendende Zelte ihrem Schicksal überließen. Unter diesen Menschen befanden sich Schwangere, Kinder und Kleinstkinder.

Schwarzafrikaner*innen wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, ihr spärliches Hab und Gut wurde vernichtet, ihre Ersparnisse gestohlen. Angehörige von Polizei und Nationalgarde beteiligten sich an diesen Übergriffen, die sich nicht

nur gegen Geflüchtete sondern auch gegen die zahlreichen schwarzafrikanischen Studierenden im Land richteten. Sowohl Amnesty International wie vor allem Human Rights Watch berichteten umfangreich über die gewalttätigen Vorgänge in Tunesien.

Tunesiens „Modellcharakter“

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund, dass die EU die Grenzkontrollen zunehmend durch Staatsorgane von Nicht-EU-Ländern durchführen lässt, bevor Migranten europäisches Territorium erreichen und dort Asyl beantragen können. Diese Staaten mit ihren Beamten, Polizisten und Soldaten wissen, was von ihnen erwartet wird, um das Wohlwollen der EU aufrecht zu erhalten. Damit all dies rechtsstaatlich aussieht, werden diese Länder, wie auch Tunesien, als „sichere Drittstaaten“ eingestuft.

Angesichts dieser menschenverachtenden Praxis ist es geradezu zynisch, dass viele Mitgliedsländer der EU, allen voran Deutschland, im Zuge ihrer Bekämpfung des „Fachkräftemangels“ hoch qualifizierte Personen – nicht zuletzt auch aus Tunesien – für ihre eigene Wirtschaft zu gewinnen versuchen: Ingenieure, Techniker, IT-Kräfte, ganze Ärzteteams werden angeworben. Ihre Qualifikation haben sie in und auf Kosten der Volkswirtschaften ihres Ursprungslandes erworben, ihre Produktivität aber bringen sie, relativ billig, in die Volkswirtschaft des europäischen Gastlandes ein. Dieser gezielte Brain drain trägt seinerseits dazu bei, die Volkswirtschaft von Drittländern wie beispielsweise Tunesien noch defizitärer und dysfunktionaler zu machen, die Perspektivlosigkeit zu verstärken, die Fluchtursachen zu vermehren.

Es sind die Vasallen der EU, die sich die Hände schmutzig machen sollen für eine EU, die die Doppelbödigkeit ihrer Politik wie eine Monstranz vor sich herträgt, um ihre eigene Xenophobie hinter der Maske des Rufs nach Respekt der Menschenrechte zu verstecken.

Werner Ruf ist...

+++ Menschenrechte +++

Solidarität und Menschenrechte: Hoffnungszeichen in einer Welt der Gewalt

Wiltrud Rösch-Metzler

Manchmal hofft man auf ein Wunder. So kam das Ende der Apartheid in Südafrika nach einer weltweiten Anti-Apartheid-Kampagne. Von den Gewerkschaften bis zu den Kirchen waren viele beteiligt. Ähnliches wird nun benötigt, wenn es zu einem gerechten Frieden für die Palästinenser:innen kommen soll. Denn die neue israelische Regierung hat erklärt, der jüdische Anspruch auf das Land reiche vom Mittelmeer bis zum Jordan. Der rechte Finanzminister Smotrich zeigte sich sogar mit einer Landkarte, die darüber hinaus Teile von Jordanien und Syrien mit einschließt. Was ist mit den muslimischen und christlichen Palästinenser:innen, die immerhin die Hälfte der Bevölkerung in Israel/Palästina ausmachen? Sie sind im Weg. „Ongoing Nakba“ und „Apartheid“ nennen die Palästinenser:innen diesen Angriff auf ihr Land und ihre Existenz.

Wenn sogar schon Reisende auf Gehwegen in Tel Aviv von israelischen Rechten bedrängt werden, wie es kürzlich der deutschen Wissenschaftlerin Muriel Asseburg widerfuhr, wie ergeht es dann erst Palästinenser:innen? Über die Äcker palästinensischer Bauern treiben bewaffnete Siedler ihr Vieh, Olivenbäume werden abgeholzt, Weiden mit Abwasser vergiftet, Brunnen werden zubetoniert – während das israelische Militär zuschaut. Eine Welle der Gewalt überzieht auch Palästinenser:innen in Israel.

Die evangelische Kirche Disciples of Christ in den USA und Kanada erklärte vor kurzem, dass „viele der Gesetze, Politiken und Praktiken des Staates Israel der Definition von Apartheid im Sinne des Völkerrechts entsprechen“. Die anhaltende Unterdrückung des palästinensischen Volkes stelle eine theologische Dringlichkeit dar und sei eine Sünde gegen die Botschaft der biblischen Propheten und des Evangeliums. Ähnlich hatten sich schon die US-Kirchen United Church of Christ und die Presbyterian Church geäußert.

Diskriminierungen und Menschenrechtsverstöße durch Apartheid sind nach dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die er zuständig ist. Solidarität und Menschenrechte sind Hoffnungszeichen in einer Welt der Gewalt.

+++ in Israel +++

Weltkrieg scheinchenweise?

Leonardo Boff

Am 29. Juni letzten Jahres fand der NATO-Gipfel in Madrid statt. Die führende Nation dieses Bündnisses sind die USA. Ist die Beziehung der europäischen NATO-Länder zu den USA eine der demütigen Unterwerfung?

Auf diesem Gipfel wurde das „Neue Strategiekonzept“ festgelegt, das in gewisser Weise über die Grenzen Europas hinausweist und die gesamte Welt abdeckt. Um diese Strategie mit globalem Anspruch zu verstärken, waren auch Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland auf dem Gipfel vertreten. Hier wurde etwas äußerst Gefährliches und Provozierendes über einen

möglichen Dritten Weltkrieg gesagt. Man bekräftigte, dass Russland der derzeitige direkte Feind und China der potenzielle Feind von morgen sei. Man führte die perverse Kategorie des „Feindes“ ein, den man bekämpfen und vernichten muss. Dies verweist auf den den Nazis nahestehenden Juristen Carl Schmitt (1888–1985). In seinem Essay aus dem Jahr 1932 „Der Begriff des Politischen“ heißt es:

„Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind. [...] Die Höhepunkte der großen Politik sind zugleich die Augenblicke, in denen der Feind in konkreter

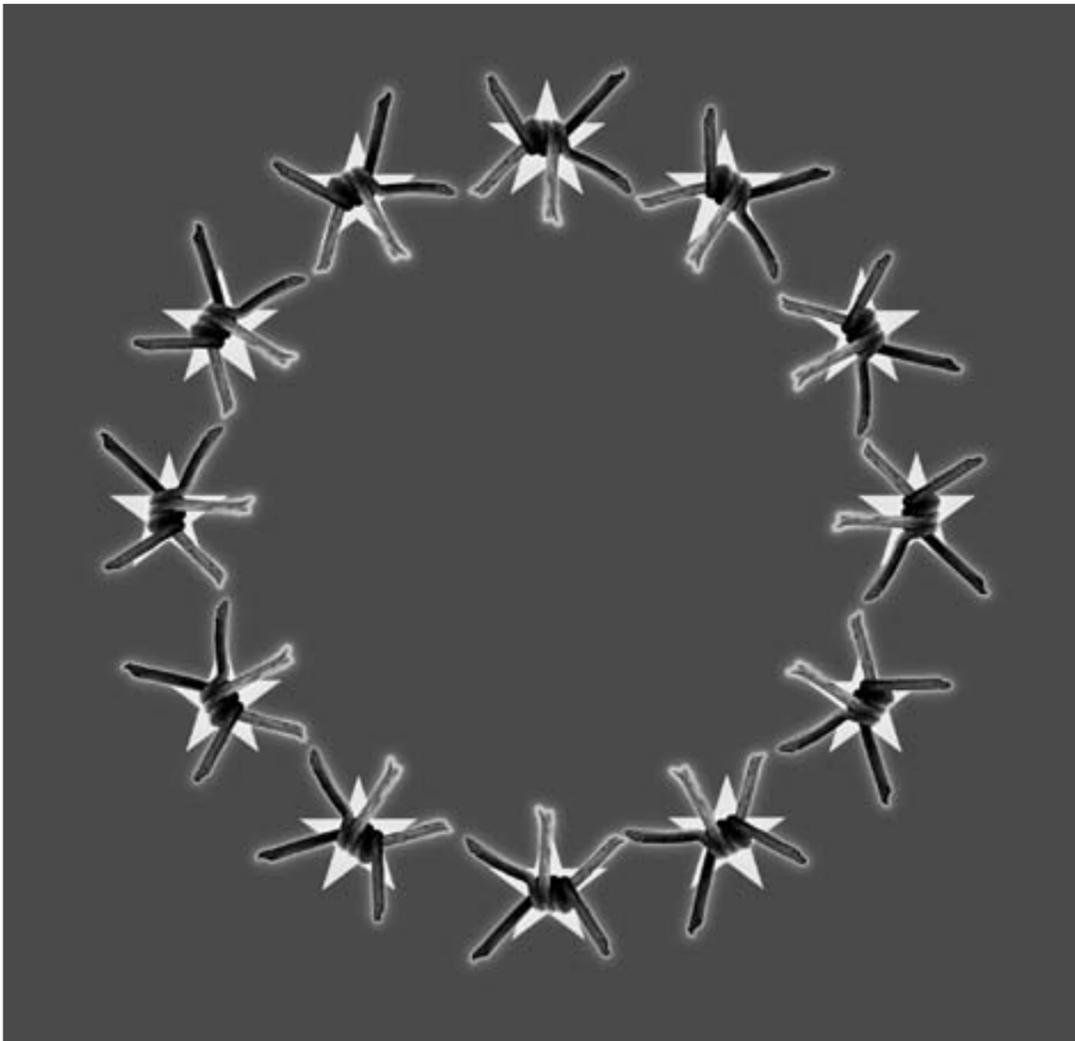
Deutlichkeit als Feind erblickt wird.“

Wiederum macht sich Europa zum Opfer seines eigenen Paradigmas des Willens zur Macht im Sinne von Herrschaft über die anderen einschließlich der Natur und dem Leben. Dieses Paradigma bewirkte, dass allein im 20. Jahrhundert zwei große Weltkriege mit hundert Millionen Toten stattfanden. Es hat den Anschein, als ob Europa in zwei Jahrtausenden der Verkündigung des Evangeliums nichts gelernt hätte – eines Evangeliums, dessen strukturierendes Prinzip die Liebe, die Solidarität und die Verteidigung der am meisten Verletzlichen ist.

Leonardo Boff, Brasilien, ist katholischer Theologe und einer der Hauptvertreter der Befreiungstheologie.

Der „Asylkompromiss“ der Europäischen Union

Gemeinsames Abschottungs- statt Asylsystem



Kerem Schamberger
Valeria Hänsel

Das ist ein historischer Erfolg – für die Europäische Union, für eine neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten“, jubelte SPD-Innenministerin Nancy Faeser nach der vom EU-Innenrat am 8. Juni 2023 beschlossenen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS). Ihre Worte gleichen Orwellschem Neusprech, wird der Beschluss doch de facto zu mehr Abschottung und weiterem Abbau von Grundrechten führen und sicher nicht zu mehr Solidarität mit Geflüchteten.

Zum Kern des Beschlusses gehören sogenannte Grenzverfahren. Diese beinhalten, dass alle Geflüchteten, die es unter den sowieso schon schwierigen Bedingungen schaffen, an eine der EU-Außengrenzen zu gelangen, erst mal in Lagern festgesetzt werden. Dort sitzen sie, bis überprüft ist, ob sie überhaupt ein reguläres Asylverfahren erhalten. Diese Überprüfung ist nicht mit einem normalen Asylverfahren zu verwechseln, bei dem die Antragsteller:innen ihre Fluchtgründe darlegen können. Die individuelle Anhörung – ein elementarer Grundsatz des Rechts auf Asyl – ist dadurch nicht länger gewährleistet.

Ziel der Grenzverfahren ist, möglichst viele Personen schon an der EU-Außengrenze abzuweisen. Wer aus einem Land kommt, das als „sicherer Herkunftsstaat“ eingestuft wird, oder durch Staaten gereist ist, die als „sicherer Drittstaat“ gelten, hat kaum noch Chancen, individuelle Fluchtgründe vorzubringen. Ob jemand vor dem Taliban-Regime

in Afghanistan geflohen oder iranischer oder türkischer Folter entkommen ist, spielt keine Rolle mehr, wenn ein „sicherer Drittstaat“ auf der Fluchtroute lag. Die Kriterien, welches Land als „sicherer Drittstaat“ gilt, sind dabei bereits sehr niedrig und sollen nun noch weiter gesenkt werden. Der übergroßen Mehrheit der ankommenden Menschen wird damit die Möglichkeit genommen, ein Asylverfahren zu durchlaufen. Was 1993 in Deutschland auf nationaler Ebene geschehen ist, soll nun europaweit passieren: die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl.

Die Entwürfe zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bedienen sich dabei einem ebenso wirkmächtigen wie fragwürdigen juristischen Konstrukt: mit der „Fiktion der Nichteinreise“ werden extra-territoriale Orte auf EU-Gebiet geschaffen. Rechtlich werden Geflüchtete als noch nicht eingereist betrachtet, obwohl sie physisch bereits die Grenze zur EU passiert haben. Damit können grundlegende Verfahrensstandards unterlaufen werden, wie wir bereits im Flughafenverfahren, anhand von Pushback-Praktiken entlang der „Balkan-Route“ und der EU-Außengrenze in Südeuropa beobachten konnten. Auch Deutschland machte sich dieses Konstrukt zu Nutze und verweigerte Menschen an der österreichischen Grenze das Recht, einen Asylantrag zu stellen.

Vorbild Moria und EU-Türkei-Deal
Wir kennen die Konsequenzen der Beschlüsse bereits: Jahrelang wurde im Rahmen des EU-Türkei-Deals erprobt, was nun EU-weit systematisiert wird: Geflüchtete, die

aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia die griechischen Inseln erreichen, können bereits jetzt ohne Asylprüfung in die Türkei abgeschoben werden. Und das, obwohl das AKP-Regime diese Menschen systematisch weiter in Kriegs- und Krisengebiete wie Syrien und Afghanistan abschiebt. Infolge des Deals sind zudem riesige Lager an den EU-Außengrenzen entstanden, das bekannteste davon das 2020 abgebrannte Elendslager Moria auf Lesbos. Hier konnte man beobachten, was beschleunigte Grenzverfahren tatsächlich bedeuten. Trotz sogenannter „Schnellverfahren“ saßen die Betroffenen dort jahrelang im Elend fest. Denn Abschiebungen in Drittstaaten funktionieren oft nicht so reibungslos wie sie sich die EU das vorstellt. Nachdem Moria vollständig niedergebrannt war, wurden auf den griechischen Inseln „Closed Controlled Access Center“ errichtet, die zwar von außen sauberer und aufgeräumter als das Lager Moria aussehen, in denen es aber auch zu strukturellen Menschenrechtsverletzungen kommt. In den an Hochsicherheitsgefängnisse erinnernden Komplexen wird die Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt, unbegleitete Kinder werden in sogenannten „sicheren Zonen“ für 22 Stunden am Tag eingesperrt, und es findet eine massive Überwachung durch Kameras, Sicherheitspersonal und Polizei statt. Ungeziefer, ungenießbares Essen und unhygienische Verhältnisse sorgen für den Rest.

Ampel-Regierung kippt nach rechts
Dieser menschenunwürdige Ausnahmezustand an der EU-Außen-

grenze wird mit der beschlossenen EU-Asylrechtsreform nun normiert und in Recht gegossen. Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP hat Innenministerin Nancy Faeser grünes Licht für die zwischenzeitlich erfolgte Zustimmung beim EU-Ratstreffen gegeben. Damit hat sie sich vollständig auf die Linie des früheren Innenministers Horst Seehofer begeben, der schon vor Langem geschlossene Lager an den Außengrenzen propagiert hat.

Zur Erinnerung: Im Koalitionsvertrag steht geschrieben: „Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen beenden. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss inhaltlich geprüft werden.“ Mit der nun unterstützten EU-Politik wird genau das Gegenteil passieren.

Das Festsetzen von Schutzsuchenden in Lagern wird aber nicht dazu führen, Migration nach Europa zu stoppen, denn Menschen bleiben gezwungen, sich aufgrund von Krieg, Verfolgung und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit auf den Weg zu machen.

Medico international verfasste gemeinsam mit 60 weiteren Organisationen einen Aufruf an die Bundesregierung. Unter dem Titel „Keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes“ heißt es: „Die aktuellen Reformvorschläge rütteln nicht nur an den Grundfesten des Rechtsstaates, sondern werden auch bereits existierende Probleme des europäischen Asylsystems noch verschärfen.“ Gemeinsam fordern wir die Bundesregierung auf, die Rechte und Bedürfnisse der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt zu stellen und an einer solidarischen Aufnahme von Ankommenden in der EU zu arbeiten.

Kerem Schamberger ist bei medico international für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Flucht und Migration zuständig. Valeria Hänsel ist Referentin für Flucht und Migration in Osteuropa, östliches Mittelmeer und Nahost bei medico international.

<https://www.medico.de/keine-kompromisse-auf-kosten-des-fluechtlingsschutzes-19091>



+++ aktiv gegen krieg +++

Afghanistan – die Fortsetzung des Krieges

Im August 2021 musste sich die NATO nach zwanzig Jahren Krieg geschlagen geben und Afghanistan verlassen. Für die Afghaninnen und Afghanen ist der Krieg aber nicht zu Ende. Die Finanz- und Handelsblockaden die mit der Machtübernahme der Taliban nun faktisch das ganze Land treffen, schleuderten sie in die völlige Katastrophe. Die Gelder aus dem Ausland, mit denen unter Besatzung drei Viertel der öffentlichen Ausgaben finanziert worden waren, versiegten über Nacht und die USA und die EU Westen verschärfen die Notlage durch Beschlagnahme afghanischer Währungsreserven in Höhe von über 9 Mrd. US-Dollar zusätzlich. Der Ausschluss vom Zahlungsverkehr behindert auch die humanitäre Hilfe, auf die mindestens 24 der 40 Millionen Menschen im Land völlig angewiesen sind. Acht Millionen Menschen sind bereits einer Hungersnot ausgesetzt, im Zuge des Ukraine-Krieges gingen die Hilfsgelder für Afghanistan drastisch zurück und die Preise für Hilfsgüter stiegen dramatisch an.

„Ich habe noch nie eine Krise erlebt, die so schnell und in einem solchen Ausmaß eskaliert ist, wie die in Afghanistan“, stellt der Chef des Welternährungsprogramm fest. Hier herrsche nun die „Hölle auf Erden“. „Hunger und Elend“ könnten nun „mehr Afghanen töten als alle Bomben und Kugeln der letzten zwei Jahrzehnte“ befürchtet die International Crisis Group.

Hier zeigt sich besonders deutlich der Irrwitz der westlichen Sanktionspolitik. Zweifelsohne verstößt die Politik der Taliban eklatant gegen Menschenrechte. Aber offensichtlich kann man mit Wirtschaftsblockaden keine Änderung erzwingen, sondern lässt die leiden, die man angeblich schützen will. Zudem sind die Sanktionen im Falle Afghanistan offensichtlich die Fortsetzung des verlorenen Krieges. Joachim Guilliard mehr unter [jg-nachgetragen.blog](https://www.jg-nachgetragen.blog)

+++ engagiert für den friedem +++

Der atomare Horror kehrt zurück

Michael Müller
Reiner Braun

Die Geschichte der Atomkernspaltung wurde im ersten Jahrzehnt geprägt vom Wettlauf um die Atombombe. 1945 wurde über der Wüste von Los Alamos die Tür zum militärischen Horror aufgestoßen. Schon kurz nach der Entdeckung der atomaren Kettenreaktion im Dezember 1938 warnte Albert Einstein vor einer Waffe „neuer Zerstörungskraft in den Händen von Nazi-Deutschland“. US-Präsident Franklin D. Roosevelt gab 1942 die Mittel für das Manhattan-Projekt frei. Drei Jahre später hatten die USA den Wettlauf mit Deutschland, Japan und Russland um die Atombombe gewonnen. Es kam zum „schwarzen August 1945“. Über den japanischen Hafenstädten Hiroshima und Nagasaki wurden Atombomben gezündet. Mindestens 200.000 Menschen verloren in der nuklearen Apokalypse ihr Leben.

Im Kalten Krieg kam es zur atomaren Hochrüstung der beiden militärischen Supermächte USA und UdSSR. Das Gleichgewicht des Schreckens hat möglicherweise einen heißen Krieg verhindert, viele regionale Kriege freilich nicht. Mitte der 1950er Jahre liebäugelten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß, die dem Schutz der USA misstrauten, mit dem Bau einer Atombombe. Dagegen verfasste eine Gruppe Atomwissenschaftler um die Nobelpreisträger Otto Hahn und Werner Heisenberg erfolgreich das Manifest der „Göttinger 18“. Doch es war auch Glück, dass es nicht zu einem Atomschlag kam. In den 1980er Jahren verfügten die beiden militärischen Supermächte über eine Sprengkraft vom mehr als 800.000 Hiroshimabomben.

Heute verfügen neun Staaten



Hiroshima ein paar Tage nach der Atombomben-Explosion am 6. August 1945

über eigene Atombomben. Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts Sipri haben Russland und USA mit 11.133 Sprengköpfe ca. 90 Prozent aller Atomwaffen, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea kommen zusammen auf über 1.379 A-Bomben. Das historische Jahr 1989, das Ende der zweigeteilten Welt, wurde nicht genutzt, zu einer atomaren Abrüstung zu kommen. Im Gegenteil: Heute scheint eine neue Epoche des atomaren Hochrüstens zu beginnen.

Sipri befürchtet, dass wir mit der atomaren Hochrüstung in „eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte

driften“. Folgende Entwicklungen begründen die Gefahr, wobei der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wie ein Katalysator wirkt. Die Atomwaffen erweitern und „modernisieren“ ihre Waffenarsenale. China hat in kurzer Zeit seine Atomsprengköpfe auf 420 erhöht. Die USA haben im Jahr 2022 ca. 43,7 Mrd. Dollar in ihre atomaren Waffensysteme gesteckt, mehr als alle anderen Länder zusammen, die deshalb – so ist zu erwarten – nachziehen werden. Die Trägersysteme für die Atomwaffen werden immer schneller, die Vorwarnzeiten kürzer. Gleichzeitig wurden Verträge über Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen USA

litischen Anstrengungen und Maßnahmen die Klimakrise einzudämmen in den Hintergrund geraten – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und weltweit.

Die IPPNW plädiert dafür, die Gefahr eines Atomkrieges und die Klimakrise als die beiden größten Bedrohungen der Menschheit, zusammen zu denken. Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Politik: Abrüstungspolitik für das Klima und Klimagerechtigkeit. Die Friedensbewegung muss sich mit einem Friedensblock an den Protesten für Klimagerechtigkeit beteiligen. Und gleichzeitig laden wir die Klimagerechtigkeitsbewegung ein, sich an unseren Aktionen und Demonstrationen atomar abzurüsten sowie den Aktionen für Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine zu beteiligen.

Was ist der erste Schritt zu nuklearer Abrüstung?

Beide Seiten, die NATO-Staaten und Russland könnten dem Vorschlag der chinesischen Regierung folgen und gemeinsam eine Politik des Verzichts auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen erklären. „No first use“.

Angelika Claußen Angelika Claußen ist niedergelassene Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und Co-Vorsitzende der IPPNW sowie Präsidentin der IPPNW Europa (IPPNW ist die Abkürzung für Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.)

und Russland beendet. Sie wurden gekündigt, laufen aus oder kommen nicht voran.

Die größte Gefahr ist, dass durch die Entwicklung von „Mini-Nukes“, an denen gearbeitet wird, die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen sinkt. Das betrifft auch die Small Modular Reactors (SMR), die ein hohes Proliferationsrisiko haben und für die in den USA 2023 Gelder freigegeben wurden. Zusammen mit der Künstlichen Intelligenz (KI) und Drohnen ergeben sich neue Formen der Kriegsführung. Auch deshalb wollen autokratisch regierte Länder schnell in die Atomenergie einsteigen, um an das Know-how zu kommen und die eigenen Möglichkeiten für den Bau von Atombomben zu verbessern. Zu diesen Ländern gehören möglicherweise die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emiraten, Belarus und Ägypten. Auch eine Armee der EU-Staaten kann den deutschen Parlamentsvorbehalt für Militäreinsätze im Ausland beenden und die atomare Teilhabe

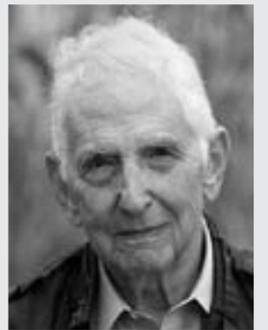
erweitern.

Atomstrom ist also nicht nur mit großen Gefahren verbunden, auch wirtschaftlich lohnt sich die Erzeugung nicht, der englische und französische EPR-Reaktor wird bis zur Fertigstellung ca. zehnmal teurer als geplant. Noch teurer werden die SMR-Reaktoren, die energiepolitisch unsinnig sind. Sie würden wahrscheinlich nicht gebaut, wenn nicht militärische Ziele dahinterstehen. Hinzu kommt, dass die weltweit 422 Atomkraftwerke selbst zu Atombomben werden können. In der Ukraine gibt es 15 Druckwasserreaktoren, Saporischschja ist die mit sechs Blöcken größten Atomanlage in Europa. Ein 1.000 MW Atomkraftwerk enthält nach sechs Betriebsjahren die Radioaktivität von fast 6.000 detonierten Hiroshimabomben.

Der atomare Horror droht zurückzukommen. Der Krieg in der Ukraine muss schnell gestoppt werden. Die Friedensbewegung fordert, dass es schnell zu internationalen Initiativen für Abrüstung und Atomwaffenverbote kommt.

Zum Tod von Daniel Ellsberg

Wir haben Daniel Ellsberg verloren, einen intellektuell, moralisch und persönlich einzigartig mutigen Mann, dessen Tod eine klaffende Lücke im moralischen Gefüge des Universums hinterlässt. Dan wird von unzähligen Menschen, deren Leben er berührt, beeinflusst und verändert hat, schmerzlich vermisst. Trotz unterschiedlichen Werdegangs gehörte er zusammen mit Noam Chomsky und Howard Zinn zu den einfühlsamsten und nachdenklichsten Persönlichkeiten unserer Zeit.



Dan ist vor allem dafür bekannt, dass er 1971 die streng geheimen Pentagon-Papiere an die Presse weitergab, wovon er sich ein schnelleres Ende des Indochina-Krieges erhoffte, der letztlich schätzungsweise drei Millionen Menschenleben forderte. Ihm war klar, dass seine Tat zu einer lebenslangen Haftstrafe führen konnte, was dann auch eintrat. Seine Verurteilung wurde jedoch wegen der Korruption in der Verwaltung von Präsident Nixon aufgehoben, die ebenfalls mit dem Watergate-Einbruch zusammenhing und zum Ausscheiden Nixons aus dem Amt führte. 1961, als junger und hochrangiger Berater von Präsident Kennedy, schickte er eine Anfrage an die Joint Chiefs of Staff des Pentagons wegen Kennedys Unterschrift. Wie viele Menschen würden in der Sowjetunion und in China sterben, wenn das Pentagon seinen [Atom-]Kriegsplan umsetzt? Die Antwort: 275 Millionen, und 325 Millionen nach sechs Monaten. In einer Folgeuntersuchung über Europa und Asien erfuhr er, dass weitere 200 Millionen ihr Leben verlieren würden. Wie Dan schrieb, „ungefähr sechshundert Millionen Tote. Einhundert Holocausts“. Es „stellte das Böse dar, das jedes menschliche Projekt übertrifft... [Und] von diesem Tag an hatte ich ein übergeordnetes Lebensziel: die Ausführung eines solchen Plans zu verhindern.“

Dan spielte eine zentrale Rolle in der nuklearen Abrüstungsbewegung der 1980er Jahre, beginnend mit seinem Essay „Call to Mutiny“ (Aufruf zur Meuterei). Er dokumentierte, dass nicht Abschreckung, sondern ein präventiver nuklearer Erstschlag zur Entwaffnung von nuklear bewaffneten Gegnern und zur Einschüchterung von Gegnern schon immer die nukleare Politik der USA war. In internationalen Krisen und Kriegen hätten die US-Präsidenten die Atomwaffe so eingesetzt, wie ein bewaffneter Räuber eine Pistole einsetzt, wenn er sie auf den Kopf des Opfers richtet. Ob der Abzug nun betätigt wird oder nicht, die Waffe wurde benutzt. Es gab eine tödliche Verbindung zwischen dem Imperium und den Atomwaffen.

Als Dan von Verteidigungsminister McNamara zu Ermittlungen nach Vietnam geschickt wurde, erfuhr er, dass die US-Truppen dort die „Rotmäntel“ der damaligen Zeit in einem Kolonialkrieg waren. Nach seiner Rückkehr half er sogar bei der Vorbereitung der streng geheimen Kriegsgeschichte des Pentagons, indem er sich anonym an Friedensdemonstrationen beteiligte und die Bedeutung und Auswirkungen des gewaltlosen Widerstands erforschte. Seine Erleuchtung kam 1969, als er hörte, wie der 25-jährige Harvard-Absolvent Randy Kehler erklärte, dass er bald fünf Jahre im Gefängnis sitzen würde, weil er sich dem Militärdienst entzogen hatte. Dan, ebenfalls Harvard-Absolvent, verstand sofort: Wenn dieser junge Mann bereit war, für fünf Jahre ins Gefängnis zu gehen, wenn er wusste, was er weiß, wenn er wusste, was Dan wusste, dann sollte er selbst auch bereit sein, ein Leben im Gefängnis zu riskieren. Und das tat er. Eine Lektion für uns alle.

Bis an sein Lebensende lieferte Dan scharfe Analysen der amerikanischen Außen-, Militär- und Atompolitik und setzte sich für Frieden und Abrüstung ein. Er wurde mehrfach verhaftet, als er sich gewaltfrei für Frieden und eine atomwaffenfreie Welt einsetzte. Er unterstützte auch andere Whistleblower wie Edward Snowden und Julian Assange. Zu seinen Büchern gehören Secrets, Papers on the War und The Doomsday Machine, die den Test der Zeit bestehen. Daniel Ellsberg lebt weiter!

Die Atomuhr: 90 Sekunden vor 12

Angelika Claußen

Die Wissenschaftler des Bulletin of Atomic Scientists haben den symbolischen Zeiger der Weltuntergangsuhr auf 90 Sekunden vor 12 gestellt, weil sie die Gefahr der Vernichtung allen Lebens auf unserem Planeten so groß wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg einschätzen.

Der Hauptgrund ist der fortschreitende Ukraine-Krieg und die Drohung der russischen Regierung, gegebenenfalls Atomwaffen einsetzen zu wollen, falls die Existenz des russischen Staates bedroht sei. Damit wurde die Gefahr eines Atomkrieges in Europa auf die Tagesordnung gesetzt. Wer glaubt, dass es bei einer einzigen Zündung einer russischen Atombombe bliebe, ist naiv. Wie in Russland so gilt auch in der NATO die Doktrin der nuklearen Abschreckung und damit die Androhung eines massiven nuklearen Gegenschlags, sollte ein Staat das nukleare Tabu brechen.

Alle militärischen Szenarien zum Einsatz von Atomwaffen gehen von einer hohen Eskalationsgefahr aus. Das Prinzip der nuklearen Abschreckung setzt den Willen voraus, sie

auch einzusetzen. Sonst ist sie nicht glaubwürdig.

Und es gibt ein weiteres akutes nukleares Risiko: Das AKW Saporischschja ist seit Beginn des Ukraine-Krieges in der Hand des russischen Staatskonzerns Rosatom. Die sechs Reaktoren des AKWs sind unter Beschuss, mitten im Kriegsgebiet. Eine demilitarisierte Zone konnte von der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA bisher nicht durchgesetzt werden.

Deshalb hat die IPPNW eine Studie in Auftrag gegeben, die auf der jetzigen Konferenz zum Nichtweiterverbreitungsvertrag den Staaten vor Augen führt, welche Folgen für Mensch und Umwelt eine Kernschmelze hätte. Die radioaktive Wolke könnte sich sowohl in der Ukraine und in Russland ausbreiten, als auch je nach Wetterlage über West- oder Südeuropa ziehen.

Gleichzeitig schreitet die Klimakrise voran. Ursache dafür ist die massive Überschreitung der ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten aufgrund der fossilen Lebens- und Produktionsweisen, eingeschlossen des Militärs.

Während des Ukrainekrieges ist das Ziel, mit den notwendigen po-

Deutsche Rüstungsausgaben drohen zu explodieren

Lühr Henken

Mit ihrem Gipfelbeschluss von Wales 2014 beabsichtigte die NATO, ihre europäischen Mitgliedstaaten und Kanada bis 2024 zu verpflichten, ihre Militärausgaben möglichst auf 2 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. 2014 waren es nach NATO-Kriterien – und nur die zählen – bei diesen Staaten durchschnittlich 1,4 %. 2021, also noch vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine, waren es knapp 1,7 %. Zusammen mit denen der USA wuchsen die NATO-Militärausgaben von 943 Mrd. (2014) bis 2021 auf 1.154 Mrd. US-Dollar. Die Ausgaben Russlands fielen zur selben Zeit laut SIPRI von 85 auf 66 Mrd. US-Dollar.

Deutschlands Aufrüstung begann 2014 bei 1,2 % des BIP (ca. 35 Mrd. Euro) und erreichte 2021 52 Mrd. Euro (1,5 % des BIP). Ein 2017 vom damaligen Chef des Planungsstabs der Bundeswehr, Bühler, erstelltes Papier gab ihr neuen Schub. Es verfolgt das Ziel, bis 2031 drei aus dem Stand heraus voll einsatzfähige Heeresdivisionen aufgestellt zu haben, so dass die militärische Schlagkraft des Heeres in etwa verdreifacht wird. Auch Luftwaffe und Marine sollen erheblich wachsen. 2017 starteten Merkel und Macron zwei deutsch-französische Mega-Projekte der Luftwaffe (FCAS) und des Heeres (MGCS). 2019 verkündete die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, dass Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel bis 2031 erreichen wolle. Die Erhöhung



der Militärausgaben hat einen Sinn: Als größte Ökonomie Europas strebt Deutschland eine militärisch unterfütterte europäische Führungsfunktion an.

Bundeskanzler Scholz gab in seiner wegweisenden „Zeitenwende“-Rede am 27.2.2022 vor: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Damit zog er das

Zieljahr 2031 auf 2022 abrupt vor. Die zusätzlichen Milliarden sollten aus Krediten in Höhe von 100 Mrd. Euro („Sondervermögen Bundeswehr“) kommen. 13 Mrd. davon sind für Zinsen, die verbleibenden 87 Mrd. zum Kauf neuer Waffensysteme bis 2030 vorgesehen. Von 2028 bis 2058 soll aus dem regulären Haushalt getilgt werden.

Die NATO stellte kürzlich fest, dass Deutschland auch 2023 das

2-Prozent-Ziel weit verfehlen wird. Was wie ein Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit aussieht, ist jedoch keiner. Denn der Bundestag hat parallel zum „Sondervermögen Bundeswehr“ am 2. Juni 2022 ein bisher zu wenig beachtetes Begleitgesetz erlassen, das es der Regierung ermöglicht, dieses Ziel als Mittelwert aus fünf Jahren zu erreichen.

Bundeskanzler Scholz hat am 22.6.2023 offiziell verkündet, erstmals 2024 das Zwei-Prozent-Ziel erreichen zu wollen. Welche Militärausgaben wird das für Deutschland zur Folge haben?

Die NATO schätzt sie für dieses Jahr auf den Rekordwert von 64 Mrd. Euro. 55,5 Mrd. kommen aus dem Bundeshaushalt, der Rest aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“. Daraus errechnet die NATO ein BIP von 4.080 Mrd. Euro für 2023. Doch wie hoch wird das BIP 2024 sein und wie hoch sind dann die deutschen Militärausgaben? Zwei Faktoren sind dafür bestimmend: das BIP-Wachstum und die Inflation. Für 2024 rechnet die Bundesregierung mit einem Plus des BIP von 1,6 %, die Bundesbank mit 3,1 % Inflation. Daraus errechnet sich ein BIP von 4.274 Mrd. Euro für 2024. 2 % davon sind 85,5 Mrd. Euro. Das bedeutet einen Anstieg von 2023 auf 2024 um ein Drittel auf 21,4 Mrd. Euro an deutschen Militärausgaben! Das ist bis dahin einzigartig. Aber es kommt noch schlimmer.

Ab 2025 greift das Begleitgesetz. Da die Prozentsätze in den beiden ersten Jahren des Jahrfünfts unter

2% lagen, müssen sie für 2025 und 2026 jeweils über 2 % liegen, damit ein Fünf-Jahres-Durchschnittswert von 2 % erreicht wird. Über die Verteilung der Höhe in diesen beiden Jahren kann nur spekuliert werden. Sicher ist ihr Durchschnitt: jeweils 2,5 %. Welche BIP-Werte und Militärausgaben sind für 2025 und 2026 zu erwarten?

Für 2025 erwartet die Bundesregierung ein Plus des BIP von 0,8 %, die Bundesbank geht von einer Inflation von 2,7 % aus. Das würde für 2025 ein BIP von 4.424 Mrd. Euro ergeben. 2,5 % davon ergeben 109 Mrd. Euro deutsche Militärausgaben im Jahre 2025. Das sind unvorstellbare 45 Mrd. mehr als in diesem Jahr.

Diese Beträge werden zunächst in sehr hohem Maße mit Krediten des „Sondervermögens Bundeswehr“ gezahlt werden. 2023 sollen 8,5 Mrd., 2024 schon 19,2 Mrd. Euro daraus entnommen werden. Die restlichen ca. 60 Mrd. Euro verteilen sich auf 2026 und 2027. Da das „Sondervermögen Bundeswehr“ 2027 aufgebraucht sein soll, hat dieses zur Folge, dass ab 2028 alle Militärausgaben aus dem Bundeshaushalt kommen. Jeder Euro mehr für das Militär konkurriert mit jedem Euro für Arbeit, Familie, Gesundheit, Klima und Bildung. Da sich das deutsche BIP bis Ende des Jahrzehnts auf 5.000 Mrd. Euro hin bewegen soll, werden spätestens von da an Jahr für Jahr mindestens 100 Mrd. Euro aus dem Haushalt direkt ins Militär fließen. Es sei denn, die Hochrüster*innen und Kriegstreiber*innen haben bis dahin abgewirtschaftet und ein Friedensvertrag mit Russland sorgt in Deutschland und Europa für Entspannung und Abrüstung.

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Internationales Gipfeltreffen in Wien für den Frieden in der Ukraine ruft weltweit zum Handeln auf

Medea Benjamin

Am Wochenende vom 10. und 11. Juni kamen in Wien über 300 Vertreter von Friedensorganisationen aus 32 Ländern zum ersten Mal seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine zusammen, um ein Ende der Kämpfe zu fordern. In einer offiziellen Erklärung der Konferenz erklärten die Teilnehmer: „Wir sind eine breite und politisch vielfältige Koalition, die Friedensbewegungen und die Zivilgesellschaft repräsentiert. Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt.“

Um ihrer Forderung nach einem Waffenstillstand Nachdruck zu verleihen, verpflichteten sich die Teilnehmer des Gipfels, vom 30. September bis zum 8. Oktober globale Aktionswochen zu organisieren – Proteste, Mahnwachen und politische Lobbyarbeit.

Die Organisatoren des Gipfels wählten Österreich als Veranstaltungsort für die Friedenskonferenz, da Österreich einer der wenigen neutralen Nicht-NATO-Staaten in Europa ist.

„Wir sind fest davon überzeugt, dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und dass es keine militärische Lösung für die derzeitige Krise gibt.“

Überraschenderweise erwies sich das neutrale Österreich als feindselig gegenüber dem Friedensgipfel. Der Gewerkschaftsbund beugte sich dem Druck des ukrainischen Botschafters in Österreich und anderer Kritiker, die die Veranstaltungen als fünfte Kolonne für die russischen Invasoren verleumdete.

Das bewegendste Podium der Konferenz war jenes mit Vertretern aus der Ukraine, Russland und Weißrussland, die ihr Leben riskierten, um an dem Gipfel teilzunehmen.

Mehrere Gruppen auf dem Gipfel verpflichteten sich, Verweigerer aus Gewissensgründen aus der Ukraine, Russland und Weißrussland zu

unterstützen, und sammelten für ukrainische Familien, die nach der jüngsten Zerstörung des Kachowka-Staudamms keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

Zu den Höhepunkten des Gipfels gehörten auch die Reden von Vertretern aus dem globalen Süden, die aus China, Kamerun, Ghana, Mexiko und Bolivien kamen. Der bolivianische Vizepräsident David Choquehuanca begeisterte die Menge, als er über die Notwendigkeit sprach, die Weisheit der indigenen Kulturen und ihre Vermittlungspraktiken zu beachten.

„Dieses Wochenende sollte erst der Anfang sein“. Der wichtigste Teil des Abschlussdokuments und der

Versammlung selbst war der Aufruf zu weiteren Aktionen.

„Dieses Wochenende sollte nur der Anfang sein“, sagte der Organisator Reiner Braun. „Wir brauchen mehr Aktionstage, mehr Versammlungen, mehr Kontakte zu Studenten und Umweltschützern, mehr Bildungsveranstaltungen. Aber dies war ein großartiger Anfang einer globalen Koordination.“

Medea Benjamin ist aktiv im Aktivist*innen-Netzwerk der Bay-Area in San Francisco. Einer ihrer Schwerpunkte ist die Mobilisierung gegen den zunehmenden Einsatz militärischer Drohnen.

Sicherheit statt Aufrüstung

Sevim Dagdelen

Mitte Juni hat die Ampel-Regierung eine „Nationale Sicherheitsstrategie“ beschlossen. 76 Seiten umfasst das Papier. Unter dem Titel „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland“ soll es eine „Antwort auf diese Herausforderungen und zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger“ liefern. Tatsächlich hat die Ampel kaum Antworten auf die drängen-

den Fragen der Zeit. Ihre „Nationale Sicherheitsstrategie“ ist nichts anderes als das Heizungsgesetz für die Sicherheitspolitik: planlos und konzeptlos. Zwar wird erstmals in einem Dokument der Bundesregierung die Realität einer multipolaren Welt anerkannt. Doch es fehlt an konkreten Maßgaben, wie Deutschland hier neu positioniert wird. Es bleibt beim Alten: Bei Russland setzt die Ampel auf Eskalation, bei China auf weitere Konfrontation und den USA bietet sie sich als

nibelungentreuer Gefolgsmann an wie Sauerbier. Dabei liegt auf der Hand: Es braucht weniger Hybris, weniger Oberlehrer-Haltung in der Außenpolitik und statt steter Gefolgschaftsadressen an Washington und Beifall zur US-Konfrontationspolitik im Südchinesischen Meer den Mut zu Diplomatie und demokratischer Souveränität. Allein, hier ist von dieser Regierung nichts zu erwarten. Die Ampel beschwört mantrahaft den Schutz der „Kritischen Infrastruktur“, beschweigt

aber den Terroranschlag auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee, weil die mutmaßlichen Täter in Washington sitzen. Das ist feige und verlogen und macht die „Nationale Sicherheitsstrategie“ zu einer bloßen Lachnummer.

Die einzige konkrete Antwort der Ampel ist die Erhöhung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; das sind zwischen 70 und 80 Milliarden Euro pro Jahr – während jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut lebt, die Bildung verkümmert, die Infrastruktur verrottet und das

Gesundheitssystem kollabiert. Die Menschen können Energie und Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Aber für frische Waffen, für Panzer und Granaten hat die Ampel immer Geld, 20 Milliarden Euro allein für neue Munition. Massive Aufrüstung schafft keine Sicherheit, wie die Geschichte lehrt, sie befördert Unsicherheit. Es braucht soziale Sicherheit statt Ampel-Aufrüstung.

Sevim Dagdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die Partei Die Linke.

Im zweiten Kriegsjahr



Peter Brandt

Langsam scheint der Spielraum für die Äußerung nüchterner und kritischerer Einschätzungen des Ukraine-Kriegs größer zu werden, trotz der relativen Uniformität der großen deutschen Medien. Vor allem der Erfolg des von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht initiierten „Manifests für den Frieden“ und weitere Aufrufe haben deutlich gemacht, dass ein beträchtlicher Teil, wenn nicht die Mehrheit der Bevölkerung mit der medialen Meinungsmache wie mit manchen Aspekten der Regierungspolitik nicht einverstanden ist. Klar ist immerhin gemäß Meinungsumfragen, dass über zwei Drittel der Deutschen der Ausweitung des Krieges widersprechen.

Auch in der Friedensbewegung ist es fast unstrittig, dass – unge-

achtet der Komplexität von Vorgeschichte und weltpolitischer Zusammenhänge (mit dem Ringen der USA und Chinas als den Supermächten der nächsten Jahrzehnte im Hintergrund) – Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, die Ukraine einen nach Artikel 51 der UN-Charta legitimierte Verteidigungskrieg führt. Diese Feststellung wird nicht dadurch hinaufgehoben, dass die Ukraine weiterhin von Oligarchen beherrscht wird, mit demokratischen und rechtsstaatlichen Defiziten.

Zwischen Eskalation und Verhandlungen

Wenige Wochen nach Beginn der „militärischen Spezialoperation“ Russlands war klar, dass die in den Vorjahren von den USA aufgerüstete und teilweise in die NATO-Strukturen einbezogene Ukraine

nicht zusammenbrechen, sondern sich behaupten würde. In beiderseitiger Erkenntnis dieser Lage und der menschlichen wie materiellen Kosten des Weiterkämpfens kamen im März/April 2022 in Istanbul Verhandlungen zustande, die weit fortgeschritten waren und eine für beide Seiten akzeptable Kompromisslösung anvisierten mit der militärischen (bewaffneten) Neutralität der Ukraine als Kern und einer aufschiebenden Sonderlösung für die 2014 von Russland annektierte Krim. Schon vor den Istanbul-Verhandlungen war der damalige israelische Regierungschef Bennett mit seinen Vermittlungsbemühungen in der Sache weit gekommen. Offenbar trugen britische und amerikanische Interventionen maßgeblich dazu bei, dass diese aussichtsreichen Bemühungen im Sande verliefen.

Wahrscheinlich hätte der Krieg auch noch in seinem unmittelbaren Vorfeld gestoppt werden können, ohne dass die Ukraine – wie gern unterstellt – russischer Willkür ausgesetzt worden wäre, trotz der vorangegangenen Weichenstellungen in Richtung einer beiderseitigen Rückkehr zum Kalten Krieg zwischen Russland und dem Westen, namentlich durch den teils gezielten, teils leichtfertigen Abbau des Regimes der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die in der russischen Note vom 17. Dezember 2021 vorgeschlagenen Regelungen waren keineswegs unreal oder unverschämte und hätten zum Gegenstand ernsthafter Verhandlungen werden können. Stattdessen wurde am 10. Januar 2022 eine „strategische Partnerschaft“ USA - Ukraine vereinbart; bereits im November 2021 war auch von der Rückeroberung aller russisch besetzten Gebiete einschließlich der Krim die Rede.

Diese unmittelbare Vorgeschichte des Ukraine-Krieges wird im NATO-Narrativ ebenso unterschlagen bzw. geglättet wie die weiter zurückreichende inner-ukrainische und die globale, geopolitische Entwicklung hin zum bewaffneten Konflikt. Thematisiert wird meist nur der russische Anteil und auch das stark verkürzt: das zunehmend repressive

Regime im Innern und die neoimperialistische Agenda einflussreicher Kreise, nicht allein Putins.

Bereits im Frühjahr 2022 wurde klar, dass die „begrenzte“ Militäroperation Russlands nicht so schnell verlaufen würde. Der Vormarsch auf Kiew wurde abgebrochen und der im Süden Richtung Odessa blieb stecken. Die Ukrainer konnten sogar Gebiete zurückerobern und die formelle Annexion der östlichen Oblaste durch Russland am 30. September 2022 bleibt faktisch auf deren russisch-kontrollierten Gebiete beschränkt.

Auch die propagierte Linie eines vollständigen Sieges der Ukraine hat sich in der Realität als nicht überzeugend erwiesen. Präsident Biden als Repräsentant eines relativ gemäßigten Kurses wandte sich deshalb seit Ende Mai 2022 gegen eine grenzenlose Eskalation, trotz der forcierten Waffenlieferungen in die Ukraine. In den USA ist die Realität eines Stellvertreterkriegs („proxy war“) – neben der des ukrainischen Verteidigungskriegs – nicht tabuisiert worden, sondern Gegenstand einer intensiven öffentlichen Debatte.

Ungeachtet gelegentlichen Theaterdonners in Moskau hat weder Russland noch die NATO ein Interesse an der Ausweitung der Kämpfe hinzu einem direkten Krieg zwischen Russland und der NATO, der schnell zu einem großen Atomkrieg werden kann.

Ein kurzer Rückblick:

Die Charta von Paris

Mit der Charta von Paris vom 21. November 1990 wurde ein ganz neues Zeitalter zwischenstaatlicher Beziehungen eingeleitet. Die NATO kommt darin nicht vor, und deren Weiterexistenz erschien zunächst le-

diglich als Übergangsstadium hin zu einem institutionalisierten gesamt-europäischen Sicherheitssystem.

Option war seinerzeit durchaus die Aufnahme Russlands in die NATO und eine schrittweise Verschmelzung deren Strukturen mit der KSZE bzw. OSZE. Selbst die NATO-Russland-Akte von 1997 könnte noch in dieser Richtung gedeutet werden, wenn nicht inzwischen die Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses eingeleitet worden wäre.

Dass Russland diesen Prozess immer mehr als potentielle Bedrohung wahrgenommen hat, kann nicht verwundern, zumal für Georgien und der Ukraine 2008 eine zeitlich unbestimmte NATO-Beitrittsperspektive eröffnet wurde.

Ohne Friedensregelung für die Ukraine ist eine umfassende europäische Sicherheits- und Friedensordnung selbstverständlich nicht realisierbar. Der Meinungsstreit spitzt sich zu zwischen der Vorstellung, Frieden sei derzeit nur gegen das „autokratische“ Russland (und China) zu gewährleisten und der Perspektive Friedlicher Koexistenz, Gemeinsamer Sicherheit im Atomzeitalter und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Das alles ist in den 1980er Jahren bereits konzipiert worden. Um daran anknüpfen zu können, müssen die Weichen wieder einmal neu gestellt werden. Das nicht einfache Zusammenspiel friedenspolitischer engagierter Basisbewegungen und realistischer Fraktionen des Establishments auf beiden Seiten der Konfrontationslinie hat schon einmal funktioniert. Auch jetzt kann das Ruder nur in einer solchen Kombination herumgerissen werden.

Peter Brandt ist Historiker und hat u.a. war im März 2023 Mitinitiator des Appells Frieden schaffen.

+++ aktiv gegen krieg +++

Die Nato-Manöver und die Umwelt

Das Risiko eines Atomkriegs ist hoch, und es ist von entscheidender Bedeutung, den Krieg in der Ukraine rasch und friedlich zu beenden. Doch abgesehen von den nuklearen Risiken und dem schrecklichen Tod und der Zerstörung, die dieser Krieg mit sich bringt, sind wir uns auch der Tatsache bewusst, dass der Krieg auch eine enorme Umweltverschmutzung verursacht.

Nach jüngsten Untersuchungen verursachte der Krieg in der Ukraine in seinem ersten Jahr 120 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, was den jährlichen Emissionen eines Landes von der Größe Belgiens entspricht.

Das UN-Umweltprogramm hat auf ein toxisches Erbe für kommende Generationen hingewiesen, mit Tausenden von möglichen Fällen von Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung und der Zerstörung von Ökosystemen. Hinzu kommen die schwerwiegenden und dauerhaften Folgen einiger der eingesetzten Waffen, z. B. Munition mit angereichertem Uran. Die Auswirkungen militärischer Emissionen auf Europa beschränken sich jedoch nicht auf Kriegszeiten – auch in normalen Zeiten gehören die Streitkräfte zu den größten Umweltverschmutzern der Welt.

Die NATO veranstaltet regelmäßig massive Übungen in ganz Europa, die diesem Fußabdruck sowie zu militärischen und politischen Spannungen beitragen. Die jüngste Air Defender 23 war die bisher größte NATO-Luftwaffenübung, an der 10 000 Teilnehmer aus 25 Ländern mit 250 Flugzeugen teilnahmen. Ihre CO₂-Emissionen beliefen sich auf 220.000 Tonnen, was den jährlichen Emissionen einer Stadt mit 30.000 Einwohnern entspricht.

Krieg und militärische Aktivitäten tragen nicht nur zur Klimakatastrophe bei, sie lenken auch Ressourcen von der Lösung des Problems ab. Und sie erschweren die Suche nach einer globalen Lösung, wenn sich wichtige Staaten, die zusammenarbeiten müssten, in einem Konflikt befinden. Mehr denn je müssen wir ein umfassendes Sicherheitskonzept annehmen, das sowohl den Klimawandel als auch den Atomkrieg berücksichtigt. Und wir brauchen Strategien und Maßnahmen, die diese Bedrohungen verringern und schließlich beseitigen. Unser Sicherheitskonzept ist ein Konzept der gemeinsamen und menschlichen Sicherheit, nicht des Tötens und der zunehmenden Militarisierung oder der weiteren Ausdehnung von Militärblöcken, sondern der Menschenrechte, des Respekts für alle und der Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen. Dies ist unsere globale Vision.

Kate Hudson

+++ engagiert für den frieden +++

+++ aktiv gegen krieg +++

Ich bin ein „Putin-Versteher“

Oder versuche zumindestens, dieses zu sein. Um politische Entwicklungen zu beeinflussen und Friedenspolitik zu entwickeln, muss ein Verständnis für die politische Situation vorliegen. Das heißt, dass die Handlungsmotive, die Beweggründe, die historischen auch psychologischen Hintergründe des Handels aller beteiligten Seiten verstanden und daher auch analysiert werden. Egon Bahr schrieb in seinen Memoiren sinngemäß: Als in anfang die Positionen der Sowjetunion zu verstehen, konnte ich viel besser mit ihnen reden und Kompromisse finden. Verständnis bedeutet nicht Akzeptanz der inhaltlichen Position des anderen, ist aber elementare Voraussetzung, um entsprechend der Friedenslogik agieren zu können. Friedenslogik als Alternative zur Kriegslogik beinhaltet nach Hanne-Magret Birkenbach „Der Begriff Friedenslogik bezeichnet sowohl eine Methode des Denkens, deren Schritte sich aus dem Erkenntnisinteresse an Frieden ergeben, als auch ein konsistentes politisches Programm, das sich an diesem Denken orientiert.“ Ein Kernpunkt der politischen Realisierung von Friedenslogik ist die Politik der „gemeinsamen Sicherheit“: Sicherheit ist nur miteinander und niemals gegeneinander möglich und verlangt die Sicherheitsinteressen der anderen Seite genauso zu beachten und zu berücksichtigen, wie die eigenen.

In diesem Sinne sollten wir alle versuchen, Putin oder besser die russische Außenpolitik zu verstehen, um friedenspolitisch agieren und sie auch dort, wo sie der Friedenslogik widerspricht, kritisieren zu können. Dieses nicht mit dem Ziel der Dämonisierung oder der „Schwächung Russlands“ sondern mit dem Ziel, Wege zum Frieden zu finden. Denn Frieden in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich.

Reiner Braun

+++ engagiert für den frieden +++

Die UN-Charta muss das Herz und die Seele jeder neuen Friedensarchitektur sein

Michael von der Schulenburg

Die UN-Charta war der Versuch den beiden wohl schrecklichsten, zerstörerischsten und mörderischsten Kriegen der Menschheitsgeschichte, ein Friedenskonzept der Menschlichkeit entgegenzustellen. Erforderten der Erste und Zweite Weltkrieg in heutiger Währung Trilliarden Dollar, um immer durchtriebener Waffensysteme des millionenfachen Tötens zu produzieren und einzusetzen, bestand die UN-Charta gerade mal aus zwanzig Seiten Papier. Den enormen Arsenalen an Waffen des Krieges wurde nun eine Vereinbarung, bestehend aus wenigen Worten des Friedens, entgegengehalten. Zwei höchst ungleiche Widersacher! Und doch stellen die Prinzipien der UN-Charta und nicht die Apologien der Kriege die epochale Errungenschaft der Menschheit dar.

1945: Statt Siegfrieden für gemeinsame Sicherheit
Denn als sich im Juni 1945 in San Francisco 50 Repräsentanten der alliierten Siegernationen trafen, taten sie etwas unglaublich Revolutionäres. Die nach dem Zweiten Weltkrieg zu entstehende neue Weltordnung sollte nicht mehr, wie noch nach dem Ersten Weltkrieg, durch einen Siegfrieden bestimmt werden. Von nun an sollte ein auf gemeinsame Prinzipien aufbauendes kollektives Sicherheitssystem den Weltfrieden bewahren. Alle Nationen, unabhängig ihrer Größe oder ihrer politischen und wirtschaftlichen Systeme, würden daran teilnehmen. Der einigende Gedanke war: Nie wieder Krieg! So ging es in der UN-Charta auch nicht um Rache und Vergeltung und es wurde nicht mehr zwischen gerechten und ungerechten Kriegen oder Siegern und Besiegten unterschieden. Konflikte zwischen Staaten sollten nur noch durch Verhandlungen und nicht mehr durch militärische Gewalt gelöst werden. Die UN-Charta nahm dadurch beide Seiten eines Konfliktes gleichermaßen in die Verantwortung, eine friedliche Lösung zu finden.

In der UN-Charta verpflichten sich die Mitgliedsstaaten dann auch zur Gleichberechtigung aller Nationen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Einhaltung internationaler Vereinbarungen sowie zur internationalen Kooperation und gegenseitiger Toleranz. Herkömmliche Überlegungen Kriege durch militärische Gleichgewichte zu verhindern, gibt es nicht mehr. Hingegen legt die UN-Charta das Hauptgewicht auf die Einhaltung fundamentaler Menschenrechte und die unantastbare Würde eines jeden Menschen unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht und Religion, sowie auf dem Recht aller Menschen auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Und doch wurde die UN-Charta fast sofort in Frage gestellt. Nur 20 Tage nach der Unterzeichnung der UN-Charta am 26. Juni 1945 und wenige hundert Kilometer vom Tagungsort San Francisco entfernt explodierte in der Wüste von New



Mexico die erste Atombombe. Und noch vor dem Inkrafttreten der UN-Charta am 24. Oktober 1945, wurden durch den Abwurf zweier Atombomben etwa 250.000 Menschen, fast ausschließlich Zivilisten, getötet. Die Jahrtausende alte Überzeugung, dass nur eine militärische Überlegenheit Sicherheit garantieren könne, war so mit einer nie dagewesenen Zerstörungskraft wiedererstarrt. Hatten bereits die vorherigen Kriege Weltbrände verursacht, so bestand nun die Möglichkeit in kürzester Zeit die gesamte Menschheit auszulöschen. Im Kalten Krieg haben dann auch Atomwaffen und nicht die UN-Charta die internationalen Beziehungen bestimmt. Die Hoffnung auf einen Frieden, der auf der Zusammenarbeit aller Nationen aufbaut, wurde durch die Bedrohung einer sich ‚gegenseitig zugesicherten Vernichtung‘ ersetzt.

Die große Tragödie unserer Zeit ist es, dass auch mit dem Ende des Kalten Krieges kein Frieden entstand. Dabei waren die Voraussetzungen dafür ausgesprochen vielversprechend. Mit der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 gab es keine Feinde mehr. Der Weg zu einem in der UN-Charta vorgesehenen weltumspannenden Frieden war nun frei. Anfangs schien es auch so, als im Jahre 1990 die auf der UN-Charta aufbauenden Charta von Paris für ein neues friedliches Europa feierlich beschlossen wurde.

Nach 1990: USA als einzige Supermacht
Nur sahen das die Strategen der USA ganz anders. Indem Russland im Chaos versank und China geopolitisch noch keine Rolle spielte, war die USA zur alleinigen globalen Supermacht aufgestiegen. Bereits im Jahr 1992, also nur einem Jahr nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, wurde die Wolfowitz-Doktrin formuliert, nach der kein kollektives Sicherheitssystem wie das der UN-Charta, sondern allein die USA, gestützt auf ihre militärische, wirtschaftliche und technologische Übermacht, die internationalen Regeln bestimmen und auch durchsetzen sollte. Es sollte ein neues ‚amerikanisches Jahrhundert‘

werden, wobei durch die NATO die europäischen Staaten in dieses Projekt eingebunden werden würden. So wuchs die NATO von vormals 16 auf heute 32 Mitgliedsstaaten und das, obwohl seit der Auflösung des Warschauer Paktes die USA und ihre Verbündeten keiner militärischen Bedrohung ausgesetzt waren. Der Zweck war ein anderer: „Unser erstes Ziel ist, das Wiederauftreten eines neuen Rivalen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder woanders zu verhindern...“ so in der Wolfowitz-Doktrin.

Damit war die NATO kein Verteidigungsbündnis mehr, sondern hatte sich in ein Machtinstrument der Staaten des ‚weißen Nordens‘ unter Führung der USA entwickelt, der heute mit gerade mal 11% der Weltbevölkerung (und abnehmend) eine Minderheit ist, aber dennoch das Recht für sich beansprucht, um über 60% der weltweiten Militärausgaben zu verfügen – im Vergleich zu China mit 13%, Russland mit 4% und Indien mit 3,6% der Weltrüstungsausgaben. War die NATO als Verteidigungsbündnis noch UN-Charta konform, ist sie das heute als das einzig bestehende Militärbündnis in der Welt zur Durchsetzung unilateraler Vormacht nicht mehr. Es sollte daher nicht wundern, dass sich gegen die NATO zunehmend Widerstand unter Nicht-NATO Staaten formiert. So ist der Ukraine-Krieg, indem es darum geht, eine weitere Ausweitung der NATO zu verhindern, ein Ausdruck dieses Widerstands. Das betrifft in erster Linie Russland, erklärt aber auch, warum es in Asien, in Afrika, dem Mittleren Osten und in Latein Amerika trotz Russlands illegaler Intervention keine Unterstützung für die westliche Ukraine-Politik einer NATO-Ausweitung gibt.

Aufrüstungsspirale und neues Zerstörungspotenzial
Die politisch-militärischen Spannungen zwischen den USA und NATO einerseits und Russland und China andererseits scheinen heute einen Tiefpunkt erreicht zu haben, den wir so nicht einmal während des Kalten Krieges kannten. Es gibt eine sich immer schneller drehende Spirale neuer Sanktionen und die globalen Militärausgaben haben

ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht – und steigen weiter. Nuklearwaffen werden „modernisiert“, um „intelligenter“ zu werden, und neue Hyperschall-Raketensysteme und Tarnkappen-Kampffjets sollen sie „sicher“ ins Ziel bringen. Es werden Waffen mit Stealth-Technologien und künstlicher Intelligenz ausgerüstet und Vorbereitungen für zukünftige Cyber- und Weltraumkriege getroffen.

Dabei sind die drückenden Probleme der Welt ganz andere: die Erwärmung der Erdatmosphäre, der steigende Meeresspiegel, die Verwüstung riesiger Regionen, der Mangel an Wasser, und immer noch eine grassierende Armut und weit verbreitete Unterernährung. Hinzu kommen anschwellende Flüchtlings- und Migrantenströme, sich ausbreitende Slums, tödliche Epidemien, begrenzte Rohstoffe und innerstaatliche Konflikte und Gewalt. Keine dieser Probleme werden wir mit Panzern, Raketenwerfern oder gar Massenvernichtungswaffen lösen können.

Das Zerstörungspotenzial moderner Waffensysteme ist inzwischen für unsere immer enger zusammenrückende Welt viel zu groß geworden, als dass wir rational noch die Wahl zwischen einer Sicherheit durch Waffen oder einem Frieden durch Zusammenarbeit hätten. Vielleicht könnten das sinnlose Töten und Zerstören im Ukraine-Krieges der Auslöser dafür sein, uns klar zu werden, dass wir zurück zu einer Friedensordnung kommen müssen, die nicht auf militärische Überlegenheit und mächtige Militärblöcke baut. Das kann nur eine Friedensordnung sein, die auf den Prinzipien der UN-Charta beruht.

Die UN-Charta ist und bleibt Ausdruck der Hoffnung der Menschheit auf Frieden. Sie ist inzwischen von einer Vielzahl

an internationalen Konventionen und Vereinbarungen zu fast allen Aspekten unseres menschlichen Zusammenlebens umgeben, angefangen von Menschenrechten bis zum Klimaschutz sowie zu faireren humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Welt. Ihnen ist gemein, dass sie auf die Gleichberechtigung und Gewaltlosigkeit zwischen Staaten setzen.

Sicherheitsrat versus Globaler Süden

So ist das Problem auch nicht die UN-Charta, sondern der Umstand, dass vier der fünf Vetomächte im UN-Sicherheitsrat, und damit die eigentlichen Garanten der UN-Charta, die USA, Großbritannien, Frankreich und nun auch Russland, diese wiederholt verletzt und illegale Kriege geführt haben. Diese vier Vetomächte sind alle Staaten des ‚weißen Nordens‘, drei von ihnen sind sogar führende Staaten der NATO. Das muss sich ändern, indem Ländern des ‚globalen Südens‘ ein größeres Mitsprache- und Entscheidungsrecht im UN-Sicherheitsrat eingeräumt wird. Der Ukraine-Krieg hat bereits eine wesentliche Stärkung der Positionen des ‚Globalen Südens‘ bewirkt, die darauf abzielen, die westlich-dominierte durch eine multipolare Weltordnung zu ersetzen.

Es wird nur den Weg über die UN-Charta geben, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und so eine friedliche und faire Welt für die bald 10 Milliarden Erdbewohner, von denen 9 Milliarden aus dem ‚Globalen Süden‘ kommen werden, zu errichten. Die UN-Charta muss daher im Zentrum jeder Friedensbewegung stehen.

Michael von der Schulenburg gehörte im Februar 2023 zu den Erstunterzeichnern der Petition „Manifest für Frieden“.

+++ aktiv gegen krieg +++

„Global Women for Peace United Against NATO“

Im Januar 2023 wurde nach einem Massachusetts Peace Action (MAPA) Webinar die Idee einer Frauen-Koalition gegen NATO, bezugnehmend auf den NATO-Gipfel Juli 2023, geboren. Vilnius als Treffpunkt wurde ausgeschlossen, weil es dort keine aktive Friedensbewegung gibt. Also wurde Brüssel, Stadt der NATO und der EU Hauptquartiere, gewählt. In mehreren Zoom-Treffen mit Frauen für den Frieden aus fast aller Welt, initiiert von Frauen für den Frieden/Finnland und WILPF US wurden dann die Pläne des Brüssel-Treffens abgeschlossen. Als Basis für die Koalition wurde eine gemeinsame Deklaration mit über 250 Erst-Unterzeichnerinnen aus 36 Ländern erstellt.

Auf der Webseite (<https://womenagainstnato.org/>) können jetzt auch Einzelpersonen (auch Männer), Organisationen und Vereine die Deklaration unterzeichnen. Die Kampagne läuft zumindest bis zum NATO-Gipfel in Washington im Juli 2024.

Beim Treffen in Brüssel trafen sich rund 40 Frauen aus vielen Ländern und in den Webinarien über die globalisierte NATO-Präsenz haben wir Menschen in der ganzen Welt erreicht. Wir hatten auch ein Treffen im EU-Parlament und haben die gemeinsame Deklaration bei einer Audienz im NATO-Hauptquartier überreicht.

Eine stabile Basis für weitere Zusammenarbeit wurde geschaffen. Jetzt geht die Arbeit in Zoom-Treffen, Arbeitsgruppen, nationalen und internationalen Webinaren und Seminaren weiter.

Das Ziel: Um Frieden in der Welt zu schaffen muss die Atomwaffenallianz NATO aufgelöst werden!

Dafür müssen wir global arbeiten, neue Netzwerke bauen – nie aufgeben!

Ulla Klötzer, Frauen für den Frieden – Finnland Aktiv in der Koalition „Global Women for Peace United Against NATO“

+++ engagiert für den friedem +++

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik! Widerstand gegen Militarismus und Krieg organisieren!

Seit 1991 wird am 3. Oktober die Vereinigung der beiden deutschen Staaten als „Tag der Deutschen Einheit“ gefeiert. Den Weg dafür machte der Zwei-plus-vier-Vertrag frei. Er formulierte als fundamentales Grundprinzip, dass die Sicherheitsinteressen eines jeden Staates berücksichtigt werden müssen. Dieses Grundprinzip wurde aber mit der NATO-Osterweiterung seit Mitte der 90er Jahre fortwährend verletzt. Von Russland, dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, wurde dies schon frühzeitig als Bedrohung empfunden, und das wurde auch immer wieder geäußert. Dennoch wurden die Bedenken nicht ernst genommen und gipfelten 2008 in der Zusage an die Ukraine, diese in die NATO aufnehmen zu wollen. Aus Entspannung wurde das Schüren von Spannungen und die angestrebte gemeinsame Sicherheit wurde zur Konfrontation.

Seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine setzen die USA und die verbündeten NATO-Staaten auf eine Ausweitung und Verschärfung des Krieges statt auf seine Beendigung. Ganz vorne dabei die Regierung unseres Landes: Sie liefert von den europäischen Staaten die meisten Waffen. Sie lässt durch ihre Außenministerin verkünden: mit Russland kann man nicht verhandeln. Sie erhebt keine Einwände, wenn F16-Bomber an die Ukraine geliefert werden sollen, die nach den Kampfpanzern eine neue Eskalationsstufe darstellen. Der Bundespräsident sagt unwidersprochen, dass er den USA nicht in den Arm fallen kann, wenn diese Streumunition an die Ukraine liefern, deren Ächtung mit gültiger Unterschrift einst von Deutschland unterzeichnet wurde. All diese Provokationen erhöhen das Risiko einer atomaren russischen Reaktion.

Wir fordern einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand und Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts! Russland und die Ukraine müssen ihre Kampfhandlungen einstellen! Der Krieg in der Ukraine trägt die große Gefahr in sich, zu einem Weltkrieg zu werden, und daran trägt Deutschland eine große Mitschuld. Nun zündelt es auch noch an der Ostgrenze der NATO und will 4000 bundesdeutsche Soldaten auf Dauer in Litauen stationieren. Besonnenheit und Deeskalation gehen anders!

Diesem aggressiven deutschen Verhalten



Plakat der Berliner Künstlerin Christine Keruth (<https://keruth.de/>)

liegt ein gigantisches Aufrüstungsprogramm zugrunde, das den von der Regierung formulierten Führungsanspruch in Europa militärisch untermauert. Sie verdoppelt ihren Militärhaushalt innerhalb weniger Jahre. Das bedeutet: sie ist bereit, in naher Zukunft jeden 5. Euro des

Bundshaushalts für die Bundeswehr auszugeben. Dabei bleiben viele dringend notwendigen sozialen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Kinder, Kultur und Klimaschutz auf der Strecke und die Menschen in unserem Land werden weiter in die Armut getrieben.

Wir nehmen den 3. Oktober 2023 zum Anlass – statt das deutsche Großmachtstreben und die militärische Stärke des vereinigten Deutschland zu bejubeln – in „einer der gefährlichsten

Perioden der Menschheitsgeschichte“ (so das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI) vor der sich immer schneller drehenden Eskalationsspirale zu warnen. Wir vergessen auch nicht die zahlreichen anderen Konfliktherde und Kriege dieser Welt, etwa im Jemen, in Syrien, im Nahen Osten oder Afrika, in denen sinnlos Menschen sterben, Natur und Gesellschaften dauerhaft zerstört werden, das soziale Elend und der Hunger sich weiter ausbreiten und Tausende fliehen müssen. Wir sagen NEIN zu allen Kriegen, weltweit!

Am „Tag der Deutschen Einheit“ sagen wir Friedensbewegte dieses Landes: Stoppt den Wahnsinn, in den uns die Politik der Bundesregierung führt. Wir rufen auf, überall im Land Friedensaktionen zu veranstalten, auf die Straße zu gehen, nicht weiter die Augen zu verschließen vor der zunehmenden Gefahr eines Atomkrieges, dies verstärkt in Hamburg, wo die regierungsoffiziellen Einheitsfeiern in diesem Jahr stattfinden werden. Wir nutzen diesen Tag landesweit, um für weitere gemeinsame Aktionen im Herbst zu mobilisieren. Es ist Zeit für einen starken Widerstand gegen die unverantwortliche kriegstreibende Politik.

Wir verlangen von unserer Regierung:

- Die Einlösung des Wahlversprechens, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern, somit auch nicht in die Ukraine!
- Diplomatie statt verbaler Aufrüstung und Kriegsgeschrei und die Gewährleistung der Meinungsfreiheit!
- Den Stopp der militärischen Aufrüstung! Keine 2% des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr und kein Sondervermögen für militärische Zwecke, sondern ausreichend Gelder für humane.
- Die Beendigung der Stationierung von US-Atombomben auf deutschem Boden und keine nukleare Teilhabe!
- Ein Ende der ruinösen Sanktionspolitik!
- Aufnahme und gleiche Rechte für alle Geflüchteten, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, egal woher sie kommen!

Eine Friedens- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, verlangt ein neues Denken. Statt weiter in blutige Kriege zu investieren, müssen diplomatische Wege gegangen werden, die anknüpfend an den Zwei-plus-vier-Vertrag die Sicherheitsinteressen aller achten. Umfassende Abrüstung und Abschaffung aller Atomwaffen muss unser Ziel sein. Nur so kann eine gerechte und multipolar gestaltete Welt gebaut werden. Für das Erreichen dieser Ziele brauchen wir eine starke und aktive Friedensbewegung bei uns und die Internationale Zusammenarbeit aller Friedenskräfte!

Ukraine-Initiative „Die Waffen nieder“
Yusuf As · Reiner Braun · Wiebke Diehl · Andreas Grünwald · Claudia Haydt · Rita-Sibylle Heinrich · Jutta Kausch-Henken · Ralf Krämer · Willi van Ooyen · Christof Ostheimer · Hanna Rothe · Peter Wahl

- Anzeige -

+++ aktiv gegen krieg +++

Stellungnahme der IALANA zur Lieferung von Streumunition an die Ukraine

Streumunition von zahlreichen Staaten völkerrechtlich geächtet. Dieser völkerrechtliche Vertrag hat inzwischen 111 Mitgliedsstaaten. Weitere 13 haben unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Die hauptsächlichen Erzeuger- und Verwender-Nationen USA, Russland, China und Israel gehören dem Vertragswerk nicht an. Die Ukraine zählt ebenfalls zu der Gruppe der Staaten, die diesem Übereinkommen nicht beigetreten ist. Weil eine einheitliche Staatenpraxis und auch die übereinstimmende Rechtsüberzeugung der Staaten fehlen, ist derzeit ausgeschlossen, dass das Übereinkommen zum Verbot von Streubomben zum Völkergewohnheitsrecht und damit für alle Staaten verbindlich geworden ist.

In dem Gutachten vom 8. 7. 1996 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) festgestellt, dass nach den Prinzipien und Regeln des für den bewaffneten Konflikt verbindlichen humanitären Völkerrechts Methoden und Mittel der Kriegsführung verboten sind, die jede Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen ausschließen. Das ist aber bei der Streumunition der Fall, weil sie einerseits beim Einsatz streut – also nicht präzise eingesetzt werden kann – und andererseits ein Teil der Submunition nicht explodiert, und somit zu Landminen wird, die nach Ende der Kampfhandlungen jahrelang eine erhebliche Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen.

Deutschland ist durch Art. 21 Abs. 2 des Übereinkommens zum Verbot von Streumunition verpflichtet, die Normen, die darin niedergelegt sind, zu fördern und sich nach besten Kräften zu bemühen, „Staaten, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, vom Einsatz von Streumunition abzubringen.“ Das bedeutet, dass die Bundesregierung völkerrechtlich verpflichtet ist, den USA bei der Lieferung und der Ukraine beim Einsatz von Streumunition „in den Arm zu fallen“.

Die vollständige Stellungnahme findet sich auf: <https://ialana.de>

+++ engagiert für den Frieden +++

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Conrad Schuhler
**Deutschland im
Wirtschaftskrieg**
Eskalation um
jeden Preis

Paperback
157 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-802-7

Nach außen sei Russland zu »ruinieren« (Baerbock), im Innern kämen »raue Jahre auf uns zu« (Steinmeier). Der Band fragt nach der »Logik«, einen Krieg und materielle Opfer in Kauf zu nehmen. Zumal bei eingepreister Eskalation: Unter der Formel »Demokratie gegen Autokratie« setzt der Westen auf den »systemischen Konflikt« mit Russland und China. Wer sind die Gegenkräfte?



Jürgen Wagner
**Im
Rüstungswahn**
Deutschlands Zeiten-
wende zu Aufrüstung
und Militarisierung

Paperback
212 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-791-4

Mit der »Zeitenwende« wurde ein gigantisches Aufrüstungsprogramm vom Zaun gebrochen, und das von langer Hand: Politisch durch immer offener artikulierten Großmachtansprüche, militärisch durch einen Umbau der Bundeswehr, industriell durch die »Agenda Rüstung«, die auf die massive Stärkung der Waffenindustrie abzielt. Höchste Zeit für Alternativen.